

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 1. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 25. März 2025

#### Inhalt:

Alterspräsident Dr. Gregor Gysi .....	1 A	<b>ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik</b> .....	13 A
<b>Zur Geschäftsordnung:</b>		Drucksache 21/1	
Dr. Bernd Baumann (AfD) .....	1 B	– <b>entsprechende Anwendung des § 62 Absatz 7 des Abgeordnetengesetzes auf die Liquidation von Gruppen</b> .....	13 A
Thorsten Frei (CDU/CSU) .....	2 C	Alexander Hoffmann (CDU/CSU) .....	13 B
Katja Mast (SPD) .....	3 A	Stephan Brandner (AfD) .....	14 A
Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	3 D	Dr. Johannes Fechner (SPD) .....	15 A
Christian Görke (Die Linke) .....	4 B	Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	15 D
<b>Tagesordnungspunkt 1:</b>		Christian Görke (Die Linke) .....	16 D
<b>Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten</b> .....	5 B	Stefan Seidler (fraktionslos) .....	17 B
Drucksache 21/2			
Alterspräsident Dr. Gregor Gysi .....	5 B	<b>Tagesordnungspunkt 3:</b>	
<b>Tagesordnungspunkt 2:</b>		<b>Wahl der Präsidentin/des Präsidenten verbunden mit Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit</b> .....	18 C
<b>Beschlussfassung über die</b> .....	13 A	Friedrich Merz (CDU/CSU) .....	18 C
– <b>Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages</b> .....	13 A	Alterspräsident Dr. Gregor Gysi .....	18 C
– <b>Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)</b> ...	13 A	Julia Klöckner (CDU/CSU) .....	19 C
– <b>Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss</b> .....	13 A	Alterspräsident Dr. Gregor Gysi .....	19 C
– <b>Geschäftsordnung für das Verfahren nach Artikel 115d des Grundgesetzes</b> .....	13 A	<b>Tagesordnungspunkt 4:</b>	
– <b>Richtlinien zur Überprüfung auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der</b>		<b>Amtsübernahme durch die Präsidentin/den Präsidenten mit Ansprache</b> .....	19 D
		Präsidentin Julia Klöckner .....	19 D

**Tagesordnungspunkt 5:**

<b>Festlegung der Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten</b> .....	23 D
Drucksache 21/6	

**Tagesordnungspunkt 6:**

<b>Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten</b> .....	24 A
Andrea Lindholz (CDU/CSU) .....	24 D
Josephine Ortleb (SPD) .....	25 A
Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	25 A
Bodo Ramelow (Die Linke) .....	25 A

**Tagesordnungspunkt 7:**

<b>Nationalhymne</b> .....	26 C
Nächste Sitzung .....	26 C

**Anlage 1**

Entschuldigte Abgeordnete .....	27 A
---------------------------------	------

**Anlage 2**

Ergebnis und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
(Tagesordnungspunkt 3) .....	27 C

**Anlage 3**

Ergebnisse und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
(Tagesordnungspunkt 6) .....	30 A

**Anlage 4**

Ergebnis und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (2. Wahlgang) der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
(Tagesordnungspunkt 6) .....	33 A

**Anlage 5**

Ergebnis und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (3. Wahlgang) der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
(Tagesordnungspunkt 6) .....	36 A

**Anlage 6**

Amtliche Mitteilungen .....	39 A
-----------------------------	------

(A)

(C)

# 1. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 25. März 2025

Beginn: 11:00 Uhr

## Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich begrüße Sie zur konstituierenden Sitzung des 21. Deutschen Bundestages und bitte Sie, Platz zu nehmen.

Es entspricht der ständigen Übung, zu Beginn der konstituierenden Sitzung nach den Regelungen der bisherigen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu verfahren.

(B) § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sieht vor, dass das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist, den Vorsitz übernimmt, bis der Deutsche Bundestag eine Präsidentin oder einen Präsidenten gewählt hat.

Die Fraktion der AfD widerspricht dieser Praxis

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist ja keine Praxis!)

und hat beantragt, dass in der ersten Sitzung des Bundestages das an Jahren älteste Mitglied den Vorsitz führt.

(Zuruf von der AfD: Wie es immer war!)

Hierzu wird das Wort gewünscht. Ich bitte den Abgeordneten Dr. Bernd Baumann ans Mikrofon.

(Beifall bei der AfD)

## Dr. Bernd Baumann (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute tritt endlich der neue Bundestag zusammen, einen Monat nach der Wahl. Warum erst jetzt? Weil Union, SPD und Grüne wie ein Parteienkartell jede frühere Einberufung verhinderten. So konnten sie mit den längst abgewählten Mehrheiten des alten Bundestages gleich dreimal das Grundgesetz ändern, gegen den Wählerwillen.

(Beifall bei der AfD)

Im neugewählten Bundestag hätte es dafür nie eine Mehrheit gegeben. Keine 1 000 Milliarden Euro Staatskredite, kein Ende der Schuldenbremse und kein Zwang zu Klimaneutralität im Grundgesetz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Die Wähler hatten was völlig anderes gewollt. Millionen wählten deshalb Friedrich Merz und die CDU: weil er das versprochen hatte. Aber die Union bestätigte mit ihrem gigantischen Wahlbetrug einmal mehr:

(Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer die CDU wählt, bekommt am Ende Links-Grün,

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

er bekommt offene Grenzen, Massenmigration, 72 Geschlechter und die rot-grüne Regenbogenflagge ganz (D) oben auf dem Bundestag.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Reden Sie mal zur Geschäftsordnung!)

## Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:

Lieber Herr Dr. Baumann – –

## Dr. Bernd Baumann (AfD):

Dieses unselige Machtkartell aus Union, SPD und Grünen spielte bereits 2017 beim Einzug der AfD ein abgekartetes Spiel.

## Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:

Lieber Herr Dr. Baumann, ich bitte Sie, zur Geschäftsordnung zu sprechen; denn um die geht es hier gegenwärtig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

## Dr. Bernd Baumann (AfD):

Es änderte noch schnell die Geschäftsordnung,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

um zu verhindern, dass der an Lebenserfahrung Älteste den Bundestag eröffnet; das wäre ein AfD-Mann gewesen. Nur um das zu verhindern, änderte dieses Kartell aus

**Dr. Bernd Baumann**

- (A) SPD, Union und Grünen die Geschäftsordnung. Nicht mal der Älteste durfte eröffnen, sondern der, der am längsten hier im Bundestag sitzt. Damit waren alle AfDler ausgeschlossen, weil wir ja alle neu waren. Wie erbärmlich, wie perfide war diese Aktion!

(Beifall bei der AfD)

Und weil das heute noch gilt, eröffnet Gregor Gysi heute den Bundestag

(Lebhafter Beifall bei der Linken – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und eben nicht Alexander Gauland, der nach jahrhundertelanger Parlamentstradition rechtmäßige und wahre Alterspräsident hier im Hause.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Anders als Gregor Gysi von der Linken, die ja Rechtsnachfolger der Mauerschützenpartei SED ist, hat Alexander Gauland 40 Jahre seines Lebens in der CDU gedient, unter anderem als Leiter der Hessischen Staatskanzlei. Aber der heutigen Union ist eine Galionsfigur der radikalen Linken lieber als ein verdientes Urgestein

(Beifall bei der AfD)

aus ihren eigenen, ehemals konservativen Reihen. Das sagt alles über die heutige CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Dabei bringt es Ihnen doch gar nichts, uns unsere Rechte beim Alterspräsidenten, Vizepräsidenten, bei den Ausschussvorsitzenden vorzuenthalten.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Herr Dr. Baumann, die Redezeit ist schon vorbei.

**Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Die Mehrheit der Wähler hat doch längst dieses linksgrüne Kartell satt.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich bitte Sie, zum Abschluss zu kommen.

**Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Wir von der AfD haben uns verdoppelt, sind stärker als je zuvor. Mit Ihren Tricks werden Sie unseren Aufstieg nicht verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Das stimmt, aber das verdoppelt nicht die Redezeit.

**Dr. Bernd Baumann (AfD):**

Falls Sie aber doch irgendwann was Positives für Deutschland unternehmen wollen: Unsere Hand ist immer ausgestreckt.

(Beifall bei der AfD)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

(C)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Thorsten Frei von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thorsten Frei (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gott sei Dank leben wir nicht in einer Autokratie, nicht in einer Monarchie. Wenn bei uns das Parlament eröffnet wird, dann macht das einer von uns, ein Mitglied dieses Hauses. Wir müssen bestimmen, wem diese Aufgabe zufällt.

Im Jahr 2017 haben wir entschieden, dass das dienstälteste Mitglied des Hauses diese besondere Aufgabe übernimmt,

(Zuruf von der AfD: Warum eigentlich?)

bevor eine Präsidentin oder ein Präsident gewählt ist. Insofern ist es kein parlamentsrechtliches Novum des 21. Deutschen Bundestages, sondern es ist etwas, was wir in der Vergangenheit so schon praktiziert haben,

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Jahrhundertelang nicht!)

was im Übrigen auch richtig und vernünftig ist.

Das Lebensalter für sich genommen ist genauso wenig ein Verdienst, wie die Jugend ein Verdienst wäre. Wer allerdings langjährig in den Deutschen Bundestag gewählt worden ist, der hat sich diese Erfahrung erarbeitet.

(D)

(Zuruf von der AfD: Bei der Stasi!)

In einer Demokratie, wo man alle vier Jahre vor den Souverän zu treten hat und dieses Mandat bestätigt werden muss, gilt das umso mehr. Ich glaube, es ist richtig, dass wir einen Alterspräsidenten haben, der Erfahrung und Souveränität aufgrund der Dauer der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mitbringt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich will das ganz offen sagen: Wir haben beispielsweise bei der Eröffnungssitzung des Thüringer Landtages sehen können, was es bedeutet, wenn ein AfD-Alterspräsident zur Chaotisierung der Eröffnungssitzung beiträgt

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

und der Thüringer Verfassungsgerichtshof dem Alterspräsidenten in den Arm fallen muss, um die Ordnungsmäßigkeit der Parlamentseröffnung sicherzustellen.

(Marc Bernhard [AfD]: Die haben die Ordnungsmäßigkeit verhindert!)

Das war würdelos, und das wollen wir im Deutschen Bundestag nicht erleben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Thorsten Frei**

- (A) Führt jetzt das Maß des Dienstalters automatisch zum besten Alterspräsidenten? Nein, das glaube ich nicht, und das ist auch heute aus der Sicht unserer Fraktion nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber es ist ein vernünftiger Ansatzpunkt, und deshalb ist es richtig.

Wir sollten uns vom Antrag der AfD, den unsere Fraktion ablehnen wird, nicht davon abhalten lassen, jetzt an die Arbeit zu gehen. Heute entsteht etwas Neues.

(Lachen des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

Unser Auftrag ist es, für unser Land und die Menschen zu arbeiten. Das ist unser Auftrag, und dem wollen wir nachkommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich erteile nun der Abgeordneten Katja Mast von der SPD-Bundestagsfraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Katja Mast (SPD):**

- (B) Herr Alterspräsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute konstituiert sich der 21. Deutsche Bundestag. Das ist ein ganz besonderer Tag. Und ich empfinde es als Ehre – und es ist eine Ehre –, diesem Haus anzugehören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Zu diesem Tag gehört auch, dass der dienstälteste Abgeordnete eine besondere Rolle einnimmt: die Rolle des Alterspräsidenten. Die Aufgabe ist, die Sitzung zu leiten, bis ein Präsident oder eine Präsidentin gewählt ist. Die Geschäftsordnung ist an dieser Stelle eindeutig:

„Bis der neugewählte Präsident oder einer seiner Stellvertreter das Amt übernimmt, führt das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist, den Vorsitz [...].“

Wir haben alle im letzten Herbst bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags erlebt,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

wie wichtig es ist, dass bei dieser Rolle nicht nur das Alter im Mittelpunkt steht. Die Rede des Kollegen der AfD hat deutlich gemacht,

(Markus Frohnmaier [AfD]: ..., dass Sie nichts verstanden haben!)

dass es gut ist, dass heute mit Gregor Gysi eine andere Person die Alterspräsidentschaft hier im Bundestag hat. Ich bin darüber froh.

- (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Natürlich stimmen die Überlegungen des Kollegen Thorsten Frei von gerade eben. Aber langjährige parlamentarische Erfahrung ist wichtig; denn sie ist ein Garant mit dafür, die Würde unserer Demokratie für das ganze Haus heute gut zu repräsentieren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Markus Frohnmaier [AfD]: Ist Ihnen das nicht peinlich?)

Die Erfahrungen seit 2017 zeigen, dass die Regelung sinnvoll ist und sich bewährt hat.

Ich denke, dass der heutige Alterspräsident Gregor Gysi, so wie wir ihn kennen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linken)

seine Worte weise, klar wählen

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Die DDR lässt grüßen!)

und mit seiner ganz eigenen persönlichen Note ausfüllen wird. Also: Halten wir an dieser bewährten Regelung fest,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: „Bewährte Regelung“!)

- damit wir das tun können, wofür wir gewählt worden sind: die Arbeit aufnehmen für die Bürgerinnen und Bürger. (D)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Dr. Alice Weidel [AfD]: Wie in der DDR!)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich erteile jetzt der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der 21. Deutsche Bundestag ist gerade dabei, sich zu konstituieren, und schon versucht die AfD, wieder Chaos zu stiften

(Lachen bei der AfD – Markus Frohnmaier [AfD]: Nein, die AfD verhält sich innerhalb der Geschäftsordnung!)

und parlamentarische Prozesse zu diskreditieren.

Bei der Frage, wer die konstituierende Sitzung des Parlaments eröffnet, reden wir inzwischen über ein etabliertes Verfahren durch das dienstälteste Mitglied des Hohen Hauses.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der Linken)

**Dr. Irene Mihalic**

- (A) Es geht dabei darum, schon bei der Eröffnung der konstituierenden Sitzung die Würde des Hauses jederzeit zu gewährleisten, der Eröffnung einen angemessenen Rahmen zu geben und durch die sichere Anwendung unserer parlamentarischen Regeln dafür zu sorgen, dass wir in eine geordnete Wahl zur Bestimmung der Präsidentin des Deutschen Bundestages eintreten können.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und jetzt noch mal Thüringen!)

Dass die AfD weder ein Interesse an geordneten Wahlvorgängen noch an einem würdevollen Ablauf der konstituierenden Sitzung hat,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Jetzt Thüringen!)

überrascht in den anderen demokratischen Fraktionen sicherlich niemanden. Das haben wir eben auch sehr eindrucksvoll miterleben dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Linken)

Umso wichtiger ist es, dass wir uns davon nicht irritieren lassen, sondern dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die konstituierende Sitzung in ihrem Ablauf nicht angegriffen wird. Dieser beginnt mit der Eröffnung durch den Alterspräsidenten, so wie es die Regeln des Hohen Hauses vorsehen, meine Damen und Herren.

Ganz ehrlich: Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der AfD, mit der damit verbundenen Chaotisierung ist der beste Beweis dafür, dass wir sehr gut beraten sind, bei der Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages nicht auf das Lebensalter zu setzen, sondern auf langjährige parlamentarische Erfahrung und Routine, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der Linken)

Im Grunde genommen haben Sie mit Ihrem Antrag und mit Ihrem Auftreten hier, Herr Baumann, selbst das beste Argument dafür geliefert, warum wir Ihren Antrag hier geschlossen ablehnen sollten, was wir selbstverständlich auch tun werden.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich erteile nun dem Kollegen Christian Görke von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der Linken)

**Christian Görke (Die Linke):**

Herr Alterspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Baumann, es ist ein Treppenwitz, dass Sie von der AfD hier von Ausgrenzung reden. Dabei ist es doch gerade Ihr Geschäftsmodell, auf Diskriminierung und Ausgrenzung

(Widerspruch bei der AfD)

vieler Gruppen in diesem Land zu setzen. Das mal als Allererstes. (C)

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten aufhören, sich als Opfer zu inszenieren und sich hier zu echauffieren. Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass sich die Parlamentstraditionen auch hier im Deutschen Bundestag weiterentwickelt haben;

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist keine Tradition!)

dazu haben die Kolleginnen Mast, Mihalic und der Kollege Frei alles gesagt.

Im Übrigen möchte ich Sie daran erinnern, mit welcher Begründung Sie am 26.10.2021, also bei der Konstituierung des letzten Deutschen Bundestages, hantiert haben. Mit der Genehmigung des Alterspräsidenten zitiere ich aus einem Antrag der AfD – hören Sie gut zu! –:

„Des Weiteren bewirkt die Anknüpfung an die Dienstjahre im Bundestag die faktische Schlechterstellung Deutscher, die erst seit dem Beitritt der Länder Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Beitrittsgebiet im Ostteil Berlins dem Deutschen Bundestag angehören können [...].“

Meine Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, merken Sie was? Jetzt haben wir einen waschechten Ossi,

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Stasi-mann!) (D)

Herrn Dr. Gregor Gysi, der seit 1990 mit kurzer Unterbrechung diesem Hohen Haus angehört.

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Und Ihnen, Herr Brandner, fällt nichts Besseres ein, als ihn öffentlich mit diesen Zwischenrufen und dieser Rede zu diskreditieren.

(Markus Frohnmaier [AfD]: Das sind Fakten!)

Meine Damen und Herren, hören Sie mit diesem Agieren und dieser Trickserei in diesem Parlament auf! Das ist dieses Hauses unwürdig.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich meine verbleibende Redezeit nutzen, um noch etwas, Herr Frei, zum Alterspräsidenten des 21. Deutschen Bundestages zu sagen. Er ist ein Mann, der aufgrund seiner ausgefeilten Rhetorik, seiner oft amüsanten Schlagfertigkeit und vor allem wegen seiner durchaus beachtenswerten Biografie über Parteigrenzen hinaus geschätzt wird.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: O Gott, ist das peinlich!)

Er ist ein Alterspräsident, der nicht nur das Parlament aus dem Effeff kennt, sondern sich stets auch für die Herstellung der Deutschen Einheit eingesetzt hat

**Christian Görke**

(A) (Lachen bei der AfD)

und vor allen Dingen auch für die Interessen der Ostdeutschen steht.

(Beifall bei der Linken)

Ich bin, wie viele andere, auf seine Rede, seine Analysen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen gespannt. Allen, die nicht verstehen, weshalb Gregor Gysi heute hier als Alterspräsident die Rede hält: Hören Sie gut zu, meine Damen und Herren! Sie werden viel lernen.

Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Shootingstar der SED!)

### **Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Nun müssen wir über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/2 abstimmen. Ich frage zunächst: Wer stimmt für den Antrag? – Das ist die AfD-Fraktion. Sonst sehe ich niemanden. Dann frage ich: Wer stimmt dagegen? – Das sind die anderen vier Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Es gibt keine Stimmenthaltungen. Dann ist der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Damit bleibt es dabei, dass nach § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied den Vorsitz übernimmt. Ich bin dazu bereit und freue mich, den Vorsitz zu übernehmen. Beinhaltet jemand, länger als 30 Jahre und neun Monate Mitglied des Bundestages zu sein? Das ist nämlich meine Zeit. – Dann ist auch das festgestellt.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 1 auf:

### **Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten**

#### **Drucksache 21/2**

### **Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich eröffne als Alterspräsident die erste Sitzung der 21. Wahlperiode und begrüße zunächst den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier, besonders herzlich. Wir freuen uns, dass Sie gekommen sind.

(Beifall)

Herzlich willkommen heiße ich auch den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Norbert Lammert, sowie die ehemalige Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl.

(Beifall)

Zudem begrüße ich ebenso herzlich den ehemaligen Bundespräsidenten Herrn Christian Wulff.

(Beifall)

(C) Stellvertretend für das Diplomatische Korps begrüße ich den Doyen des Diplomatischen Korps, Seine Exzellenz den Apostolischen Nuntius, und alle weiteren Ehren Gäste, die auf der Tribüne an dieser Sitzung teilnehmen.

(Beifall)

Als Nächstes habe ich gemäß § 1 Absatz 3 der Geschäftsordnung die vorläufigen Schriftführerinnen und Schriftführer zu ernennen. Nach Absprache mit den Fraktionen benenne ich als vorläufige Schriftführerinnen und Schriftführer folgende Abgeordnete: Norbert Altenkamp, Artur Auernhammer, Carolin Bachmann, Daniel Baldy, Simone Borchardt, Esther Dilcher, Michael Donth, Ralph Edelhäuser, Martina Englhardt-Kopf – Sie merken, das ist ziemlich anstrengend; aber ich schaffe das –, Hermann Färber, Kay Gottschalk, Linda Heitmann, Franziska Hoppermann, Anne Janssen, Ina Latendorf, Esra Limbacher, Denise Loop, Isabel Mackensen-Geis, Dr. Zoe Mayer, Axel Müller, Dr. Christos Pantazis, Dr. Markus Reichel, Kassem Taher Saleh, Björn Simon, Awet Tesfaiesus – ich glaube, ich habe es richtig ausgesprochen –, Anja Troff-Schaffarzyk, Derya Türk-Nachbaur, Kerstin Vieregge, Dr. Oliver Vogt, Marja-Liisa Völlers, Niklas Wagener, Carmen Wegge, Dr. Maria-Lena Weiss, Tina Winklmann, Mareike Wulf und Kay-Uwe Ziegler.

Ich bitte die Abgeordneten Michael Donth und Kay-Uwe Ziegler, neben mir Platz zu nehmen. – Es tut mir leid, dass Sie die weitesten Wege hatten.

(D) Rein vorsorglich nutze ich die Gelegenheit, Sie zu bitten, nicht während der Plenarsitzung zu filmen oder zu fotografieren – hierzu besteht während der Sitzungsunterbrechungen ausreichend Gelegenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Als ich 1990 das erste Mal für den Bundestag kandidierte, trugen junge Mitglieder meiner Partei ein Plakat, auf dem stand, dass ich noch Alterspräsident werde. Dies hielt ich für einen netten Scherz, habe aber niemals daran geglaubt. Sie sollten recht behalten, nicht ich. Nun bin ich zwar nicht der älteste Abgeordnete, aber der dienstälteste. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland konnten schon seit August 1949 an den Wahlen teilnehmen, ich erst seit Ende 1990. Alle aus den alten Ländern zu überholen, war nicht einfach; aber ich habe es geschafft.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie Professor Dr. Lammert vorher gefragt hätten, hätte er Sie wahrscheinlich davor gewarnt, mir eine Rede ohne Redezeitbegrenzung im Bundestag zuzubilligen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Aber ich werde das Recht nicht missbrauchen.

Wenn ich an Alterspräsidentinnen und -präsidenten denke, fallen mir Linke wie Clara Zetkin, Willy Brandt, Stefan Heym, Fred Gebhardt und andere ein. Ich denke aber auch an bedeutende Konservative wie Helmuth Graf von Moltke oder Wolfgang Schäuble.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) Ich möchte im Namen aller Anwesenden der Präsidentin des 20. Deutschen Bundestages, Frau Bärbel Bas, herzlich für ihre faire und kluge Leitung unseres Parlaments danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich begrüße auch alle ehemaligen Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages auf den Besucherrängen und danke ihnen für die von ihnen geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der AfD)

Der neugewählte Bundestag, der sich heute konstituiert, muss in einer schweren Zeit agieren. Es gibt immer mehr bewaffnete Konflikte auf unserem Planeten. Wir haben einen Krieg in Europa, kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten und viele bewaffnete Konflikte in Afrika. Das Völkerrecht wird von vielen Seiten immer wieder verletzt.

Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass Russland gegen die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Krieg führt. Das müssen wir verurteilen. Wir brauchen eine neue Sicherheitsstruktur, eine neue Friedensordnung in Europa. Das geht nicht ohne Russland, ist aber eine schwere Aufgabe.

Die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages geht davon aus, dass man durch die Bundeswehr und deren Waffen ein hohes Abschreckungspotenzial benötigt, damit kein Land es wagte, uns anzugreifen; sie meinen, dass nur auf dieser Basis auf Augenhöhe Verhandlungen geführt werden können. Diejenigen, die das anders sehen, zum Beispiel ich, dürfen diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, niemals als Kriegstreiber bezeichnen; denn sie wollen ja auf ihrem Weg Frieden sichern.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Die Minderheit im Haus, zu der ich gehöre, vertritt eine andere Auffassung. Die Regierungen von Finnland und Schweden begründeten ihren Beitritt zur NATO damit, dass Russland sie dann nicht mehr angreifen könne, weil ein Angriff auf sie den Bündnisfall auslöste, es zum dritten Weltkrieg käme, sodass auch von Russland so gut wie nichts übrig bliebe. Da Deutschland schon Mitglied der NATO ist, muss das auch für Deutschland gelten. Nun wird allerdings zu Recht bezweifelt, dass die USA noch zu ihrer Verpflichtung stehen. Trotzdem: Wenn alle anderen Mitglieder zu ihrer Verpflichtung stünden, kann sich Russland auf einen solchen Krieg nicht einlassen. Diese Minderheit im Bundestag setzt deshalb auf Deeskalation, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie, gegenseitige Abrüstung und die strikte Wahrung des Völkerrechts durch alle Staaten. Das ist ihr Weg zum Frieden. Die anderen sollten solche Menschen nicht als Putin-Knechte bezeichnen; denn es geht auch ihnen um nichts anderes als um Frieden.

(Beifall bei der Linken)

(C) Die Bundeswehr muss selbstverständlich verteidigungsfähig sein. Niemand bestreitet, dass die französischen Streitkräfte in der Lage sind, Frankreich zu verteidigen. Im Jahre 2023 gab der französische Staat laut Statistischem Bundesamt für seine Armee und Rüstung insgesamt 61,3 Milliarden US-Dollar aus. Wir gaben im selben Jahr für Armee und Rüstung 66,8 Milliarden US-Dollar aus. Liegt es wirklich an der Menge des Geldes? Oder könnte es nicht sein, dass das Geld auch falsch eingesetzt wird? Wenn die französischen Streitkräfte die Verteidigungsfähigkeit mit weniger Geld herstellen können, warum nicht wir? Zumindest lohnte es sich, auch mal in dieser Richtung nachzudenken und die Strukturen zu untersuchen.

Und ein Problem ist und bleibt – weltweit –, dass die Rüstungsindustrie überwiegend privat ist und deshalb sehr viel an Rüstung und damit an Kriegen verdient wird. Wenn es uns gelänge, dass niemand mehr an Kriegen verdiente, wären wir dem weltweiten Friedensziel wesentlich näher.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Carmen Wegge [SPD])

Es gibt also unterschiedliche Auffassungen, wie man zum Frieden gelangt. Wir müssen einfach lernen, zu respektieren, dass es diese Unterschiede gibt. Wenn wir mehr Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung erreichen wollen, sollten wir in unserer Sprache das Maß wahren und Menschen mit anderer Auffassung nicht immer das Übelste unterstellen.

(D) Unsere Sprache muss auch allgemeinverständlich werden; die Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen, wüber wir hier diskutieren. Wir sollten den gehobenen Stil überwinden. Ferner müssen wir alle ehrlicher werden. Man muss die wahren politischen Beweggründe für Entscheidungen angeben und nicht falsche, von denen man meint, dass eine Mehrheit sie trägt. Es ist auch überhaupt nicht nötig, im Wahlkampf Forderungen zu stellen, Bedingungen zu nennen und dann das Gegenteil zu betreiben. Man sollte mit Wahrheiten gewählt werden, sonst baut man die Glaubwürdigkeit der Politik ab und hilft genau jenen, denen man überhaupt nicht helfen will.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der AfD und der SPD und der Abg. Claudia Roth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie wäre es mit einer breiteren politischen Kultur bei uns – so wie in Frankreich? Könnten einige Linke nicht aufhören, sich gegen die Benennung einer Straße nach Otto von Bismarck zu wenden? Kritik an ihm ist selbstverständlich erlaubt; aber er bleibt eine bedeutende historische Persönlichkeit.

(Beifall bei der AfD)

Und könnten sich nicht Konservative einen Ruck geben und es unterstützen, eine Straße nach Clara Zetkin zu benennen, einer Frau, die mutig gegen Armut und Elend und für die Gleichstellung der Geschlechter kämpfte?

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

(A) Übrigens: Karl Marx ist weltweit einer der bekanntesten Deutschen. Selbstverständlich darf auch er kritisiert werden; aber er ist und bleibt ein großer Sohn unseres Volkes, und man sollte wenigstens *eine* Universität nach ihm benennen,

(Zuruf des Abg. Christian Freiherr von Stetten  
[CDU/CSU])

vielleicht die, die sich in seiner Geburtsstadt Trier befindet.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Lisa Paus  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das verpflichtet niemanden an der Universität, marxistisch zu werden, zumal Karl Marx, als der Begriff des Marxismus aufkam, erklärte, kein Marxist zu sein; man kann sich also auch auf ihn stützen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Unglaublich!)

Zum Konflikt im Nahen Osten möchte ich Folgendes erklären: Die Jüdinnen und Juden wurden Tausende Jahre lang in vielen Ländern diskriminiert, benachteiligt, sahen sich Verboten ausgesetzt. Bestimmte Berufe zum Beispiel wurden ihnen untersagt, sodass sie andere ergreifen sollten und mussten, was ihnen später wieder vorgeworfen wurde. Aber es blieb nicht dabei. Aus dem Antijudaismus im Christentum wurde ein schlimmer Antisemitismus. Er ging letztlich so weit, dass Jüdinnen und Juden auch geschlagen und ermordet wurden. Am schlimmsten haben wir Deutsche es während der Nazizeit getrieben, indem 6 Millionen Jüdinnen und Juden industriell ermordet wurden. Das ist einzigartig in der Geschichte der Menschheit. Jüdinnen und Juden müssen weltweit endlich das Recht haben, dort, wo sie wohnen, gleichberechtigt wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger zu leben und behandelt zu werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben entsprechend dem Beschluss der UNO von 1947 auch ein Recht auf einen jüdischen Staat, auf ein sicheres Zuhause. Israel muss souverän, unabhängig und sicher sein und werden. Wir haben aufgrund unserer Geschichte dafür eine besondere Verantwortung.

(Beifall im ganzen Hause)

Mit Mitgliedern des Hohen Hauses und einer Partei, die die deutsche Verantwortung für das schlimmste Menschheitsverbrechen als „Schuld kult“ verunglimpfen und marginalisieren wollen, sind Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht zu verteidigen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist Unsinn!)

Es braucht dafür keine Brandmauer, sondern schlicht und einfach Anstand und Respekt vor dem Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Haben Sie den mal!)

Dessen Artikel 1 ist die zentrale Lehre aus dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Nie wieder dürfen wir die Würde eines Menschen antasten.

(Stephan Brandner [AfD]: Sagt der IM Notar!)

(C) Ich sage das auch im Wissen darum, dass meine Großmutter die Nazibarbarei nur überleben konnte, weil sie im nichtbesetzten Teil von Frankreich Aufnahme fand. Ihre Mutter und ihr Bruder wurden im Vernichtungslager Auschwitz ermordet.

Ich sprach über die Jüdinnen und Juden; aber wir müssen auch an die Palästinenserinnen und Palästinenser denken. Sie haben auch ein Recht auf ein Zuhause.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Der genannte UNO-Beschluss sieht auch für sie einen Staat vor. Sie sind aber weder israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger noch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eines anderen Landes, und ihre eigene Staatsbürgerschaft wird vielfach nicht anerkannt. Es gibt für sie zurzeit keine Aussicht auf eine zivile Zukunft, für die es sich einzusetzen lohnte. Nur wenn es eine solche Aussicht gäbe – und das kann nur ein souveräner, unabhängiger, eigener Staat sein –, wäre man in der Lage, Terrororganisationen wie die Hamas und die Hisbollah zu überwinden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Es ist bedauerlich, dass die gegenwärtige Regierung in Israel und die gegenwärtige Mehrheit in der Knesset einen solchen Weg für die Palästinenserinnen und Palästinenser ausschließen und glauben, alles militärisch unter Inkaufnahme auch ziviler Toter lösen zu können. Wir müssen deshalb verstärkt international für die Zweistaatenlösung werben, und wir stehen aufgrund unserer Geschichte auch den Palästinenserinnen und Palästinensern gegenüber in einer besonderen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland war und ist durch verschiedene Krisen erschüttert. Die ökologische Nachhaltigkeit ist für die jüngere Generation besonders wichtig, weil sie im Unterschied zu mir noch viele Jahrzehnte Leben vor sich hat. Das Klima müssen wir nicht als Selbstzweck, sondern für die Menschen retten. Allerdings bitte ich die jungen Leute, Protestformen zu finden, mit denen sie eine Mehrheit der Bevölkerung gewinnen, statt das Gegenteil zu erreichen.

Ich erinnere auch an die Pandemie und die Notwendigkeit, über eine Enquete-Kommission aufzuarbeiten, was richtig und was falsch gemacht wurde.

(Zuruf von der AfD: Untersuchungsausschuss!)

Ich selbst habe mich umfangreich impfen lassen. Andere aber hatten Angst, lehnten es ab, wollten es nicht. Ich habe nicht verstanden, weshalb fast nur über sie, aber nicht mit ihnen geredet wurde. Das galt für die Politik und die Medien. Die vollzogenen Einschränkungen an Freiheiten bedürfen einer besonderen Untersuchung, um festzustellen, welche falsch und überflüssig waren und nie wiederholt werden dürfen und welche als unerlässlich angesehen werden müssen.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) Wir sind ein rohstoffarmes Land. Es gibt nur einen Rohstoff, den wir reichlich haben, und das sind Bäume; aber die haben wir vornehmlich zu schützen. Ergo sind Bildung und Ausbildung ein zentrales Anliegen in unserer Gesellschaft. Wir haben zu viele junge Leute, die keinen Beruf erlernen. Es gibt zu viele Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher. Die Zeugnisse aus dem einen Bundesland sind mit denen aus einem anderen nicht gleichzusetzen. Wir als Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, allen Kindern und Jugendlichen einen chancengleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu Kunst und Kultur und zum Sport zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Davon sind wir leider weit entfernt. Ich weiß, dass die Schulbildung Angelegenheit der Länder ist. Trotzdem dürfen wir uns nicht mit dieser Begründung aus der Verantwortung ziehen, und ich plädiere dafür, im Grundgesetz das Kooperationsverbot durch ein Kooperationsgebot zu ersetzen, auch damit Schulzeugnisse in ganz Deutschland gleichwertig werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) In Anbetracht der neuen Situation müssen sich auch die Bundesländer überlegen, wie wir Kinder und Jugendliche so bilden, dass für sie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erstrebenswerte Ziele werden. Ich bin auch der Auffassung, dass dann, wenn man Kinder früh trennt, eine soziale Ausgrenzung stattfindet. In Berlin und Brandenburg werden die Kinder in der Regel erst nach der sechsten Klasse getrennt, in vielen Bundesländern nach der vierten. Es ist interessant, dass allein diese zwei Jahre Unterschied dazu führen, dass hier prozentual deutlich mehr Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Abitur machen als in anderen Bundesländern.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:  
Das hat doch damit nichts zu tun!)

Ich denke, eine Trennung erst nach der achten Klasse wäre noch besser. Vielleicht könnten wir auch einen Blick nach Frankreich oder Finnland werfen, wo es andere – vielleicht bessere – Schulbedingungen gibt als bei uns.

Wir hatten und haben eine Energiekrise und eine Inflation. Die Lebensmittelpreise sind im Laufe von drei Jahren um 35 Prozent gestiegen. Viele Bürgerinnen und Bürger leben von Sozialleistungen, haben eine niedrige Rente oder verdienen zu wenig. Für sie ist das eine ungeheure Belastung, und sie verlieren das Vertrauen in die etablierte Politik, wenn keine ernsthaften Maßnahmen dagegen unternommen werden. In Deutschland kennen wir die belgische und luxemburgische Regelung nicht, nach der sämtliche Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen und Sozialleistungen jährlich per Gesetz um die Inflationsrate des Vorjahres erhöht werden, sodass die Kaufkraft – auch im Interesse der Wirtschaft – nie sinkt. Ich finde den Wettbewerb, wer am meisten bei den Ärmsten kürzt, unwürdig für den Deutschen Bundestag. Bitte denken Sie an die Höhe unserer Einkommen!

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Auf bestimmten Gebieten darf man meines Erachtens niemals sparen. Das gilt für Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Kunst und Kultur und weitgehend auch für Wissenschaft und Forschung. Hinsichtlich des Zugangs zu Internet und Onlinediensten haben wir den Anschluss verpasst. Viele afrikanische Staaten sind weiter als wir. Das darf uns bei der künstlichen Intelligenz nicht wieder passieren, sowohl hinsichtlich der Chancen als auch bei der Abwehr von Gefahren.

Viele Menschen machen sich Sorgen wegen der Globalisierung und der Geflüchteten. Aber wenn ich allein an Frieden, die Überwindung von Hunger und Elend, die ökologische Nachhaltigkeit denke, kommen wir an globalen Lösungen nicht vorbei. Deutschland braucht jährlich 400 000 Fachkräfte aus dem Ausland. Es muss auch eine wesentlich bessere Integration für Menschen aus anderen Ländern geben. Das Wichtigste ist, dass es sofort eine Arbeitserlaubnis gibt. Auch wenn dann ein Asylantrag abgelehnt wird, schadet es überhaupt nichts, wenn die betreffende Person bis dahin schon arbeiten konnte. Übrigens können sie dann auch etwas für unsere Gesellschaft leisten.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun möchte ich Ihnen gerne überparteiliche Gremien für den Bundestag vorschlagen, in denen wir offen, ehrlich und ohne Öffentlichkeit bestimmte Fragen erörtern und im Falle von Ergebnissen diese dann der Öffentlichkeit vorstellen.

(D)

Erstens brauchen wir ein solches Gremium für eine sichere künftige Rente. Es gibt Ideen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen oder mit der Rente an den Aktienmarkt zu gehen.

(Hannes Gnauck [AfD]: Ist das hier eine Wahlkampfveranstaltung?)

Ich habe, wie Sie wissen, mehr als Bedenken; trotzdem kann und muss darüber gesprochen werden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Vorschläge, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen, das heißt auch Bundestagsabgeordnete, dass eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze eingeführt und der Rentenanstieg für Bestverdienende abgeflacht wird. Über Steuern auf Renten müssen wir auch sprechen. Über all diese Wege sollte in einem solchen Gremium geredet werden.

Ein zweites Gremium sollte sich mit der Frage der Steuergerechtigkeit beschäftigen. Sie wissen, dass die Höchststeuer bei Lohn und Gehalt bei 45 Prozent liegt. Sie wissen auch, dass die Höchststeuer bei Einkünften aus der Kapitalverwertung, also von Zinsen, Erträgen aus Fonds und Gewinnen aus Aktien, bei 25 Prozent liegt. Natürlich müssen die Kapitalgesellschaften vorher schon Steuern zahlen, was die Gewinne reduziert. Aber Unternehmen, die Menschen beschäftigen, müssen auch Steuern bezahlen, was ihre Gewinne und auch ihren Spielraum für Löhne und Gehälter ebenfalls reduziert.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

(A) (Stephan Brandner [AfD]: Herr Gysi, es reicht jetzt!)

Das alles müsste einmal geprüft werden. Wenn es die gleichen Freibeträge und Steuern für Löhne, Gehälter und Einkünfte aus der Kapitalverwertung gäbe, hätten wir die Chance, endlich die Mitte zu entlasten.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Carolin Bachmann [AfD])

Es gibt einen Steuerbauch für die mittleren Einkommen. Dieser muss überwunden werden. Die Mitte der Gesellschaft bezahlt bei uns den größten Anteil der staatlichen Einnahmen. Eine Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit stellte fest, dass eine Mittelstandsfamilie bei uns 43 Prozent Steuern und Abgaben auf ihre Einnahmen zahlen muss,

(Stefan Keuter [AfD]: Wie war das mit der Redezeit?)

während eine Milliardärsfamilie nur 26 Prozent der Einnahmen abführt. Wenn wir die Mitte kaputtmachen, können wir denen unten nicht mehr helfen und die oben können dann auch nicht mehr existieren. Der Bundestag sollte also mehr Mut entwickeln, die besonders Reichen und die Konzerne angemessen und gerechter heranzuziehen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) Ich möchte noch ein nettes Beispiel für unseren Steuerwirrwarr nennen: Es gibt fünf verschiedene Umsatzsteuern für Weihnachtsbäume.

(Zuruf des Abg. Paul Ziemiak [CDU/CSU])

Der künstliche Weihnachtsbaum zieht eine Umsatzsteuer von 19 Prozent nach sich.

(Stephan Brandner [AfD]: Herr Gysi, Aschermittwoch ist vorbei!)

Der gezüchtete Weihnachtsbaum aus dem Bau- und Gartencenter zieht eine solche von 10,7 Prozent nach sich.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Bei wie vielen Nadeln?)

Der selbst geschlagene gezüchtete Weihnachtsbaum zieht eine Umsatzsteuer von 7 Prozent nach sich. Erwirbt man direkt von der Forstwirtschaft einen natürlich geschlagenen Weihnachtsbaum, zieht das eine Umsatzsteuer von 5,5 Prozent nach sich. Dann gibt es noch die Möglichkeit, dass man rechtswidrig sich selbst einen Baum im Wald schlägt. Das zieht gar keine Umsatzsteuer nach sich. Aber in den anderen vier Fällen müsste es doch möglich sein, zu einer einheitlichen Regelung zu gelangen.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Heike Heubach [SPD])

In einer dritten überparteilichen Gruppe könnten wir uns mit unserem gesamten Krankenkassensystem auseinandersetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen. Meines Erachtens gehören Gesundheit und Pflege zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

(Stephan Brandner [AfD]: Zur Sache!)

Ein Krankenhaus muss sich nicht in erster Linie rechnen, sondern für Gesundheit sorgen. (C)

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Brauchen wir wirklich so viele gesetzliche Krankenkassen, wie es sie gegenwärtig gibt? Ist es wirklich richtig, dass Privatversicherte deutlich bessergestellt sind als gesetzlich Versicherte? Geht es nicht bei jedem Menschen um die möglichst zügige und beste Behandlung und Befreiung von Krankheiten, egal ob er mehr oder weniger verdient? Es gibt auch die Vorstellung, dass nicht nur von Löhnen und Gehältern Beiträge in die Krankenkasse und Pflegeversicherung eingezahlt werden sollen, sondern auch von den genannten Einkünften aus der Kapitalverwertung. All diese Fragen sollten in diesem überparteilichen Gremium diskutiert und untersucht werden. Vielleicht kommen wir dann zu besseren Lösungen als gegenwärtig.

Mein letzter Vorschlag für ein überparteiliches Gremium betrifft die Bürokratie. Jede Regierung nimmt sich Bürokratieabbau vor und scheitert in aller Regel. Das liegt daran, dass es immer einen Grund für irgendeine Regelung gibt. Wenn wir uns nicht an eine generelle Reform herantrauen, wird sich an der Bürokratie so gut wie nichts ändern. In diesem überparteilichen Gremium könnten wir darüber diskutieren, ob wir nicht in den meisten Fällen das Recht drehen sollten. Gegenwärtig ist es so, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und andere Einrichtungen Anträge bei der zuständigen Behörde stellen

(Stephan Brandner [AfD]: Am besten ein Volkskomitee!) (D)

und warten und warten und warten. Nach sechs Monaten können sie eine Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht erheben. Das ist schon deshalb besonders nützlich, weil sie vielleicht nach Ablauf eines Jahres den ersten Termin zur mündlichen Verhandlung beim Gericht bekommen. Mit anderen Worten: So kommen wir nicht weiter. Was halten Sie von der Idee, in vielen Fällen – selbstverständlich muss es auch Ausnahmen geben – das Recht dergestalt zu verändern, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller nachweisen muss, dass und wann er bei der zuständigen Behörde einen Antrag gestellt hat, und wenn er nicht innerhalb von sechs Wochen einen schriftlich begründeten Widerspruch durch die Behörde erhält, gilt der Antrag als genehmigt? Es geht nicht um eine Postkarte, die man automatisch versenden kann, sondern um einen schriftlich begründeten Widerspruch. Die Behörde muss nachweisen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen solchen Widerspruch erhalten hat. Was glauben Sie, wie genehmigungsfreundlich unser Staat plötzlich werden würde. In dem Gremium könnten wir diskutieren, in welchen Fällen diese Umkehr möglich ist und in welchen nicht, welche personellen Konsequenzen es hätte.

Mit weiteren Vorschlägen zu überparteilichen Gremien möchte ich Sie heute nicht belästigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD – Christian Görke [Die Linke]: Schade!)

– Ich freute mich auf diesen Beifall.

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

(A) Ich finde es gut, dass es gesetzliche Vorschriften über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung gibt. Wenn Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung die Quote nicht einhalten, müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. Diese können sie aber von der Steuer absetzen. Damit ist die Wirkung gleich null. Außerdem klingt es auch etwas daneben, dass der Staat eine Abgabe anordnet und derjenige, der sie bezahlen muss, sie wiederum von seinen Zahlungen an den Staat absetzen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen bei der Gleichstellung von Menschen weiterkommen. Weder die Hautfarbe noch die Nationalität noch die Religion noch die sexuelle Orientierung dürfen eine Rolle spielen. Ich bin dafür, die Diversen ins Grundgesetz aufzunehmen, damit sie in ihren Grundrechten geschützt werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist, was Menschen tun und unterlassen, welchen Charakter sie haben. Nur danach dürfen sie beurteilt und bewertet werden. Hinsichtlich der Nationalität begrüße ich, dass ein Vertreter der dänischen Minderheit wieder Mitglied unseres Bundestages geworden ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich muss darauf eingehen, dass wir immer noch keine vollständige Einheit in Deutschland hergestellt haben. Die Demonstrierenden in der DDR bewiesen Mut. Sie haben auf friedliche Art und Weise ihren Beitrag im Interesse einer Demokratisierung der Gesellschaft geleistet.

(B)

(Martin Reichardt [AfD]: Die haben doch gegen Sie demonstriert!)

Sie verdienen hohen Respekt. Auf der anderen Seite muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass damals von den bewaffneten Kräften der DDR kein einziger Schuss abgegeben wurde.

Aber es wird in Ost und West auch heute noch unterschiedlich gedacht, Sachverhalte werden unterschiedlich beurteilt, und es wird auch unterschiedlich gewählt. Ich glaube, das hat auch damit zu tun, dass bei der Herstellung der deutschen Einheit zumindest ein schwerer Fehler begangen wurde. Selbstverständlich haben die Menschen im Osten an Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gewonnen. Sie haben seitdem eine Währung, die sie weltweit eintauschen können. Es sind viele Schlösser und Kirchen, Stadtzentren und Wohnungen saniert worden. An all das muss man erinnern.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Die Rede ist ein völliger Witz!)

Auf der anderen Seite aber wurde die DDR auf Staatssicherheit und Mauertote reduziert.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ein völliger Witz ist Ihr Alterspräsident hier!)

Beides muss aufgearbeitet werden.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist ja wohl ein Witz da vorne!)

(C) Aber für das Leben in der DDR hat sich die damalige Bundesregierung bei der Herstellung der Einheit nicht interessiert. Hätte es dieses Interesse gegeben,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Der reinste Zeitfresser!)

wäre festgestellt worden, dass die DDR bei der Gleichstellung der Geschlechter noch nicht am Ziel, aber deutlich weiter war als die damalige Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Alleinerziehende Mütter und auch die selteneren alleinerziehenden Väter hatten immer die Möglichkeit zu verkürzter, aber auch zu voller Berufstätigkeit.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist ja ein toller Alterspräsident von Ihnen! Das haben Sie aber toll ausgemacht! In Grund und Boden sollten Sie sich schämen!)

Das lag daran, dass extrem kostengünstige und gut ausgestattete Kindereinrichtungen existierten, was heute von der Wissenschaft anerkannt wird.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist eine Unverschämtheit! Das ist ja wohl ein Witz da vorne! Unglaublich!)

Es war auch ein Fehler, 2 623 Kilometer Bahnstrecke stillzulegen und 300 000 Wohnungen abzureißen. Heute vermissen wir beides.

(Beifall bei der Linken)

(D) Und dann war die DDR schon zu diesem Zeitpunkt eine Behalte- und keine Wegwerfgesellschaft wie die Bundesrepublik. Sie war das zwar nicht aus ökologischen, sondern aus ökonomischen Gründen, aber sie war es halt.

Übernommen hat man aus der DDR nur das Sandmännchen, das Ampelmännchen und den grünen Abbiegepeil. Damit sagte man aber den Ostdeutschen, dass sie außer diesen drei Punkten nichts geleistet hätten. Wäre das andere übernommen worden, hätte die ostdeutsche Bevölkerung nicht ein solches Gefühl der Demütigung entwickelt. Man wäre davon ausgegangen, dass man zwar im falschen System lebte, aber solche Leistungen vollbracht hatte, die es wert waren, für ganz Deutschland übernommen zu werden.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Und dann noch Rammelow hinterher!)

Die Menschen in den alten Bundesländern hätten erlebt, dass durch das Hinzukommen des Ostens sich in einigen Punkten ihre Lebensqualität erhöhte. Beides hätte zu deutlich mehr innerer Einheit geführt.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Toller Alterspräsident hier!)

Ich finde, dass die neu zu wählende Kanzlerin oder der neu zu wählende Kanzler in der ersten Regierungserklärung diesen Fehler einräumen und sich dafür entschuldigen sollte. Das gäbe einen wirklichen Ruck bei der Herstellung der inneren Einheit.

(Beifall bei der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) Außerdem brauchen wir natürlich endlich eine Gleichstellung von Ost und West. Es muss Schluss sein mit unterschiedlichen Tarifverträgen. Alle Menschen in Deutschland haben das Recht, für die gleiche Arbeit bei gleicher Arbeitszeit auch gleich entlohnt zu werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kassem Taher Saleh [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben auch Anspruch darauf, für die gleiche Arbeit die gleiche Rente zu beziehen. Wenn wir hier keine Gerechtigkeitszuschläge einführen, hieße das, dass Menschen aus dem Osten noch in 30 Jahren für die gleiche Arbeit bei längerer Arbeitszeit eine geringere Rente bezögen, weil ja geringere Beiträge von ihnen und für sie bezahlt wurden. Und ich darf daran erinnern, dass nach Artikel 36 des Grundgesetzes alle Länder angemessen bei der Vertretung von Führungspositionen zu berücksichtigen sind. Ich bitte die neu zu wählende Kanzlerin bzw. den neu zu wählenden Kanzler, bei der Berufung von Bundesministerinnen und Bundesministern daran zu denken, wie ich die Ministerinnen und Minister bitte, bei der Berufung von Staatssekretärinnen und Staatssekretären daran zu denken, wie ich auch andere Gremien bitte, bei der Berufung von Richterinnen und Richtern an oberste Gerichte Ostdeutsche nicht zu meiden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kassem Taher Saleh [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Übrigens kommen mehr als die Hälfte aller Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Osten aus den alten Bundesländern. Stellen Sie sich bitte einmal vor, dass mehr als die Hälfte aller Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Freistaat Bayern aus dem Osten käme! Was wäre da los?

(Beifall bei Abgeordneten der Linken – Stephan Brandner [AfD]: Die Stunde ist um, Herr Gysi!)

Lassen Sie mich noch zur extrem schwierigen internationalen Situation Stellung nehmen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

– Ja, da müssen Sie einfach durch.

(Beifall bei der Linken)

Die Mehrheit der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner hat Donald Trump zum Präsidenten gewählt; das haben wir zu respektieren. Historisch muss ich daran erinnern, dass die Sowjetunion, die USA und Großbritannien in Jalta während des Zweiten Weltkrieges unterschiedliche Einflussphären – einmal für die Sowjetunion und zum anderen für die USA und Großbritannien, später noch für Frankreich – festlegten. Diese Einflussphären galten selbstverständlich nicht mehr, als die Sowjetunion zusammenbrach. Die meisten sozialistischen Länder Europas bekamen einen völlig neuen Charakter, entschieden sich für kapitalistische Strukturen, führten aber auch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Das westliche Bündnis wurde erweitert. 35 Jahre nach diesem

- Vorgang ist US-Präsident Trump dabei, seine wirtschaftlichen und militärischen Bündnispflichten aufzukündigen. (C)

(Stephan Brandner [AfD]: Darf man einen GO-Antrag auf Schluss der Debatte stellen, Herr Gysi?)

Er sieht nicht mehr ein, für die Sicherheit Deutschlands zu haften. Er meint es ernst, wenn er davon spricht, sich völkerrechtswidrig den Panamakanal einzuverleiben. Zu seiner Absicht, Kanada zu einem Bundesstaat der USA zu machen, kann ich nur hoffen, dass er sie nicht ernst meint. Wenn er aber tatsächlich Grönland und damit einen Teil Dänemarks angriffe, könnten wir uns, im Unterschied zu den anderen genannten Fällen, nicht neutral verhalten. Wir müssten Dänemark unterstützen. Dann aber wäre die NATO tot.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Dieser Witz da vorne hat kein Ende!)

Ich war immer für eine europäische Initiative für einen Waffenstillstand und einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine, auch weil ich befürchtete, dass Trump zum Präsidenten gewählt wird. Und jetzt wird es wohl einen Waffenstillstand und einen Frieden geben, der aber mehr zum Nachteil der Ukraine gereichen wird als der, den wir hätten erreichen können.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Wer hat denn eigentlich die Rede geschrieben? Sie selbst? Oder über Nacht, kurz vorher?)

- Der Teil der Eliten in den USA, der Präsident Trump unterstützt, sieht nicht in Russland die Herausforderung, sondern in China. Er fürchtet, dass China Weltmacht Nummer eins werden könnte. Das eigentlich Gefährliche ist aber, dass sie glauben, dass China schneller und effizienter ist, weil es autoritäre Strukturen besitzt. (D)

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Also, ich finde, wir sollten noch mal über die DDR reden! Also, ich hoffe, dass die DDR jetzt auch noch mal drankommt!)

Deshalb versuchen sie, die Demokratie in den USA abzubauen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja!)

Präsident Trump möchte weder von Parlamenten noch von Gerichten belästigt werden. Wir müssen beweisen, dass Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auch zu Effizienz fähig sind. Selbst wenn dies nicht gelänge, sind diese Grundlagen unserer Gesellschaft wesentlich menschenwürdiger als jede autoritäre Struktur.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben also die Weltmacht Nummer eins, die USA, die Weltmacht Nummer zwei, China, und mit Abstand folgt dann auch Russland.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Da waren Sie auch schon! Aber bei der DDR waren wir noch nicht!)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) Wenn die Europäische Union wirklich funktionierte, könnte sie eine Art vierte Weltmacht werden. Ich habe aber meine Zweifel, dass sich alle Mitglieder darauf einlassen werden. Trotzdem müssen wir daran arbeiten; vielleicht müssen einige Staaten voranschreiten.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das wird ja immer schlimmer!)

Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit waren ein gewichtiges Argument der führenden westlichen kapitalistischen Staaten gegenüber den sozialistischen Ländern.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja, das ist der Alterspräsident der CDU!)

Da es aber Letztere nicht mehr gibt, hat das Gewicht dieses Arguments abgenommen. Wir haben auch bei uns im Inneren eine Bewegung, die Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit anzweifelt. Das heißt, wir stehen von außen und von innen unter Druck. Die große Mehrheit der Mitglieder des Bundestages muss

(Stephan Brandner [AfD]: Wir müssen gar nichts, außer Ihnen zuzuhören, Herr Gysi!)

deshalb gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um die genannten Grundlagen zu schützen und zu verteidigen.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Saskia Esken [SPD])

Im Interesse der Demokratie

(Martin Reichardt [AfD]: Die Sie mit Füßen getreten haben!)

- (B) sind Anfragen zu NGOs, die sich gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden, kein richtiger Schritt.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Markus Frohnmaier [AfD], an die CDU/CSU gewandt: Euer Mann! Warum klatscht die CDU nicht? Euer Mann!)

So wird demokratisches Engagement infrage gestellt, statt es zu unterstützen.

Auf europäischer, Landes- und Kommunalebene haben wir Volksentscheide, nur im Bund nicht. Im Interesse der Nähe zu unserer Bevölkerung sollten wir über eine Einführung nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Linken)

Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident Dr. Steinmeier, ein Gremium einzusetzen, das sich mit der Frage der Sicherung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzt. In dieses Gremium könnten Sie eine Auswahl von demokratischen Vertreterinnen und Vertretern zum Beispiel aus dem Europaparlament, dem Bundestag, den Landes- und Kommunalparlamenten und ebenso aus den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden, den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, aus der Justiz, den Medien, der Kunst und Kultur, der Wissenschaft und Forschung benennen. Es muss uns trotz des genannten gewaltigen Drucks im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gelingen, die Grundfesten unseres Grundgesetzes für alle Zeiten zu sichern.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, in diesem Jahr begehen wir den 80. Jahrestag der Befreiung von der Hitlerdiktatur und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Richard von Weizsäcker hat als Bundespräsident als Erster im Bundestag erklärt, dass es sich um eine Befreiung auch des deutschen Volkes handelte. Jetzt sieht es die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung so.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ostdeutschland nicht!)

Deshalb schlage ich vor, den 8. Mai – zumindest in diesem Jahr, aber eigentlich generell – zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag zu erklären.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und der Frauentag, der 8. März, der bisher nur in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein gesetzlicher Feiertag ist, sollte auch zu einem bundesweiten werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Danke, Herr Merz!)

Wir Männer würden an diesem Tag immer daran erinnert werden, dass auch wir verpflichtet sind, uns für die Gleichstellung von Frauen einzusetzen,

(D)

(Markus Frohnmaier [AfD]: Was ist mit den Diversen?)

zumal der Frauenanteil im neuen Bundestag im Vergleich zum vorhergehenden noch einmal prozentual gesunken ist.

Denjenigen, die erstmalig einen Zweitwohnsitz in Berlin, das heißt in unserer Bundeshauptstadt, beziehen, möchte ich nur eins sagen: Ich weiß, wir Berlinerinnen und Berliner sind oft brummelig, aber im Kern praktisch und im Herzen immer solidarisch. Wir freuen uns übrigens, wenn die gesamte Regierung in Berlin säße.

(Beifall bei Abgeordneten der Linken)

Ich wünsche unserer Bevölkerung und uns einen lebendigen Bundestag, in dem ohne Beleidigungen, ohne Beschimpfungen, ohne Unfairness durchaus hart gestritten, diskutiert und entschieden wird, und ich wünsche uns einen Bundestag, der noch näher an die Menschen herantritt, die wir hier vertreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU] – Abgeordnete der Linken erheben sich – Markus Frohnmaier [AfD]: Jetzt klatschen, Herr Merz! Die CDU muss jetzt aufstehen! Ihr Mann!)

Alterspräsident Dr. Gregor Gysi

- (A) Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2:
- Beschlussfassung über die**
- **Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages**
  - **Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)**
  - **Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss**
  - **Geschäftsordnung für das Verfahren nach Artikel 115d des Grundgesetzes**
  - **Richtlinien zur Überprüfung auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**
- Drucksache 21/1**
- **entsprechende Anwendung des § 62 Absatz 7 des Abgeordnetengesetzes auf die Liquidation von Gruppen**

Es liegt ein Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zur Weitergeltung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sowie weiterer Geschäftsordnungen vor. Hierzu hat die Fraktion der AfD zwei Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung vorgelegt. Ebenso hat der Abgeordnete Stefan Seidler einen Änderungsantrag eingebracht.

- (B) Weiterhin hat der neu konstituierte Bundestag zu entscheiden, ob er eine Regelung zur Vermeidung der Liquidation der Gruppe Die Linke der 20. Wahlperiode in entsprechender Anwendung des § 62 Absatz 7 Abgeordnetengesetz treffen möchte. Dazu hat die Fraktion Die Linke mitgeteilt, dass sie die Rechtsnachfolge der Gruppe Die Linke antreten will.

(Enrico Komning [AfD]: Das geht doch gar nicht!)

Grundsätzlich sind die parlamentarischen Gruppen nach Ablauf der Wahlperiode ebenso wie die Fraktionen zu liquidieren. Fraktionen können aber gemäß § 62 Absatz 7 Abgeordnetengesetz die Liquidation vermeiden, indem sich eine Fraktion des neu konstituierten Bundestages zur Rechtsnachfolgerin erklärt. Für parlamentarische Gruppen gibt es jedoch keine entsprechende Regelung. Der Bundestag kann aber die entsprechende Anwendbarkeit des § 62 Absatz 7 Abgeordnetengesetz auf die Liquidation von Gruppen beschließen.

Mir ist mitgeteilt worden, dass das Wort zu all diesen Anträgen des Tagesordnungspunktes gewünscht ist. Ich erteile zunächst dem Kollegen Alexander Hoffmann von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Alexander Hoffmann (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir wählen heute die Bundestagspräsidentin und ihre Stellvertreter. Das ist das zweit-

höchste Amt im Staat, und jedes dieser Ämter gehört zu den zahlreichen Säulen unserer parlamentarischen Demokratie. (C)

Vorher beschließen wir unsere Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt, wie wir hier miteinander arbeiten. Ich würde sagen, die Geschäftsordnung stellt die Querverstrebungen der verschiedenen Säulen unserer Demokratie dar. Und die Geschäftsordnung wird nicht für vier Jahre in Stein gemeißelt sein. Wir haben in der letzten Wahlperiode den Versuch unternommen, sie zu reformieren. Wir wären dafür auch offen gewesen. Es hat leider nicht geklappt. Aber ich will alle Fraktionen einladen, dass wir diese Wahlperiode frühzeitig nutzen, um zu einer Reform der Geschäftsordnung zu kommen.

(Stephan Brandner [AfD]: Gerne!)

Und ja, dabei muss auch die Möglichkeit der Abwahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten eine Rolle spielen. Denn eines sage ich Ihnen: Wer in diesem Land eine tragende Säule unserer Demokratie sein will, der muss sich zu jedem Zeitpunkt zu unserem Land und zu unserer verfassungsgemäßen Ordnung bekennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alle Parteien sollen an unserer parlamentarischen Demokratie aktiv mitarbeiten und aktiv mitwirken. Deswegen fassen wir heute den Beschluss, dass jeder Partei ein Vizepräsident zusteht,

(Stephan Brandner [AfD]: Fraktion!)

also auch der AfD. Aber gerade Ihnen will ich sagen, dass eine Fraktion und auch eine Partei einen Beitrag dazu leisten muss, dass der jeweilige Kandidat auch gewählt wird. (D)

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Mein Wahlkreis grenzt an Aschaffenburg an. Wir alle haben die abscheuliche Tat von Aschaffenburg noch im Kopf. In meinem Wahlkreis instrumentalisiert die AfD diese abscheuliche Tat. Es wird ein Bild eingesetzt, auf dem Grundschüler zusammen mit Polizisten zu sehen sind. Dieses Bild ist anlässlich eines Verkehrserziehungsunterrichts entstanden. Und die AfD verbreitet dieses Bild und versieht es mit der Botschaft: In Deutschland müssen ab jetzt Grundschüler per Polizeischutz in die Schule gebracht werden.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Pfui!)

Und das ist kein Einzelfall.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Und deswegen bekommen wir keinen Vizepräsidenten?)

Das hat bei Ihnen System.

(Zuruf von der AfD: Was hat das mit dem Kandidaten zu tun?)

Ich sage Ihnen: Wer die Öffentlichkeit so anlügt,

(Lachen bei der AfD)

wer Wählerinnen und Wähler im Land so manipuliert,

(Zuruf von der AfD: Millionenfache Wahltäuschung!)

**Alexander Hoffmann**

- (A) wie es die AfD tut, der muss sich nicht wundern, dass man ihn nicht in die Nähe der tragenden Säulen unserer Demokratie lässt, und der muss sich, meine Damen, meine Herren, auch nicht wundern,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie sind doch Wahlbetrüger!)

dass man ihn nicht zu einer tragenden Säule unserer Demokratie macht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da reden!)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Als Nächstes hat der Abgeordnete Stephan Brandner von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Der ist auch schon mal abgewählt worden!)

**Stephan Brandner (AfD):**

Herr Gysi! Meine Damen und Herren! Welch Ehre, hier vor der größten AfD-Fraktion, die die Welt je gesehen hat, reden zu dürfen

(Beifall bei der AfD)

- (B) und als einer der Ersten in der 21. Wahlperiode hier das Wort ergreifen zu können. Die Fraktion ist übrigens so groß, dass die Bundestagsverwaltung vergessen hat, hinten eine weitere Sitzreihe einzubauen. Ich hoffe, ihr fühlt euch wohl auf den Klappstühlen da hinten. Das wird zu beheben sein.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, „gekommen, um zu bleiben“ war bisher unser Anspruch. Wir haben den Anspruch geändert und sagen: Wir bleiben, um noch stärker zu werden. Um Deutschlands willen braucht es eine starke Alternative für Deutschland; denn die anderen, Sie alle, können und wollen es nicht.

(Beifall bei der AfD)

Vor der Bundestagswahl stand Deutschland am Abgrund. Inzwischen ist Deutschland zwei Schritte weiter, dank Ihres Wirkens in den Kartellparteien. Tricksen, täuschen, lügen, betrügen – alles gegen die Bürger draußen, gegen die Opposition hier in diesem Hause.

(Beifall bei der AfD)

Bis gestern 16:24 Uhr bestand die Möglichkeit, dass die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unsere gemeinsame Geschäftsordnung wird. Um 16:24 Uhr hat dann die CDU/CSU das Angebot, gemeinsam diesen Antrag einzubringen, zurückgezogen. Sie sind umgekippt, haben in letzter Minute mal wieder kapituliert vor den politischen Schrumpfermanen von Rot-Grün, haben Ihren Laden eingepackt.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt wird es wieder Ihre Geschäftsordnung und nicht unsere Geschäftsordnung; denn Sie werden wieder untereinander mauscheln und sie auskungeln. (C)

Und was diese Reform angeht, Herr Frei oder Herr Hoffmann, da schwant mir Böses. Sie werden die Opposition weiter unterdrücken. Sie werden die Geschäftsordnung hier gleich mehrheitlich verabschieden und entgegen der Geschäftsordnung gleich wieder keinen Bundestagsvizepräsidenten der AfD wählen. Also, Sie lügen die Leute schon wieder an. Sie beschließen eine Geschäftsordnung und haben jetzt schon vor, Ihre eigene Geschäftsordnung zu brechen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie haben Angst vor Wahlen, oder?)

Und das ist einfach unsäglich. Das ist erbärmlich.

(Beifall bei der AfD)

Auf der anderen Seite werden Sie einen abgehalfterten Ministerpräsidenten, der Thüringen ruiniert hat – von der SED, heute firmiert unter „Die Linke“ –, wahrscheinlich durchwinken. Sie werden einen gescheiterten Parteivorsitzenden der Grünen wahrscheinlich durchwinken. Aber unseren exzellenten Kandidaten, Gerold Otten, werden Sie wahrscheinlich wieder aus ideologischen Gründen, einknickend vor der rot-grünen Mischpoke, ablehnen. Das ist wirklich widerlich, das ist erbärmlich, was Sie hier abziehen, das will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der AfD)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich bitte Sie, sich in Ihrer Ausdrucksweise etwas zu mäßigen, also der Würde unseres Hauses zu entsprechen. (D)

**Stephan Brandner (AfD):**

Wir wollen einen Bundestagspräsidenten und einen Bundestagsvizepräsidenten, der abwählbar ist, der der demokratischen Kontrolle unterliegt. Sie wollen das nicht.

(Zuruf von der SPD)

Sie wollen einen unabwählbaren Bundestagspräsidenten und Bundestagsvizepräsidenten aus Ihren Reihen installieren,

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine freie Wahl!)

die dann wieder was tun? Die die Alternative für Deutschland mit Ordnungsrufen bombardieren werden, um uns zu diskreditieren. Aber das durchschauen die Menschen draußen, meine Damen und Herren.

Weitere Extrawürste wollen Sie braten für die Restrampe der Linken auf der linken Seite.

(Widerspruch bei der Linken)

Die Rechtsnachfolge einer linken Gruppe soll, um Geld im System halten zu können, heute beschlossen werden. Bis vor Kurzem war die CDU/CSU noch strikt dagegen. Ich bin gespannt, wie Sie sich heute verhalten.

Sie können machen, was Sie wollen. Sie haben die Mehrheit, wir akzeptieren das. Aber Sie müssen auch wissen: Sie sind die Vergangenheit des alten, ruinierten



**Stephan Brandner**

(A) Deutschlands, wir sind die Zukunft eines blühenden blauen Deutschlands. Das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Als Nächster hat der Kollege Dr. Johannes Fechner von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Johannes Fechner (SPD):**

Herr Alterspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschäftsordnungsfragen werden allzu oft zu Unrecht als trocken oder langweilig abgetan. Nein, wir brauchen die Geschäftsordnung für den Deutschen Bundestag, weil das die Basis ist für unsere politische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen: Lassen Sie uns heute mit dem Beschluss der Geschäftsordnung zeigen, dass wir eine starke Demokratie haben in Deutschland, dass der Deutsche Bundestag ein starkes Parlament ist für die Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und klar: Wir haben Verbesserungsbedarf, Modernisierungsbedarf bei unserer Geschäftsordnung. Ich bin froh, auch heute von der Union gehört zu haben, dass wir die große Reform, die wir ja in der Schublade haben, 70 Seiten stark, schnell – wenn es nach uns geht, noch vor der Sommerpause 2025 – im Deutschen Bundestag beschließen; denn wir haben Verbesserungsbedarf.

(B)

Anknüpfend an den Vorredner möchte ich sagen: Wir müssen dringend dafür sorgen, dass das Niveau unserer Debatten, der Kultur unserer Auseinandersetzung steigt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben deswegen vorgesehen, dass wir die Sanktionen bei den Ordnungsrufen deutlich verschärfen. Es muss schneller und spürbar höhere Ordnungsgelder geben, wenn hier gepöbelt und gehetzt wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Der Deutsche Bundestag ist das Vorbild der Debattenkultur in unserem Land, und das müssen wir über die Geschäftsordnung absichern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen dafür sorgen, dass wichtige Ämter bei uns nicht an unqualifiziertes Personal,

(Lachen bei der AfD)

an Verfassungsfeinde oder gar, wie von der AfD vorgeschlagen, an einen rechtskräftig verurteilten Straftäter gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Deswegen werden wir dafür sorgen, dass es in der neuen Geschäftsordnung präzisere Wahlmechanismen und auch Abwahlmöglichkeiten gibt. Es muss geklärt sein, dass wir hier im Deutschen Bundestag keine Verfassungsfeinde, keine Straftäter und kein unqualifiziertes Personal in wichtigen Positionen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das führt mich zu den AfD-Anträgen. Sie wollen die Handlungsfähigkeit des Präsidiums unterbrechen bzw. stoppen, bis alle Vizes gewählt sind. Das wäre ein Anschlag auf die Handlungsfähigkeit des Deutschen Bundestages, um es so deutlich zu sagen. Wir lassen uns nicht zwingen, Verfassungsfeinde, Straftäter und unqualifiziertes Personal zu wählen, nur um hier handlungsfähig zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Diesen Antrag werden wir genauso ablehnen wie Ihren anderen Antrag, mit dem Sie es ermöglichen wollen, die Bundestagspräsidentin mit einem ganz niedrigen Quorum abzuwählen. Ihr Vorschlag ist, dass 25 Prozent plus ein Abgeordneter, eine Abgeordnete die Bundestagspräsidentin – das ist eine wichtige Position – abwählen könnten. Das können wir nicht machen. Wir brauchen an der Spitze Kontinuität und eine klare Struktur. Deswegen werden wir auch diesen Antrag von Ihnen ablehnen.

(D) Im Übrigen: Ihre Anträge zeigen einmal mehr, dass es Ihnen gar nicht darauf ankommt, unsere Abläufe hier zu verbessern. Nein, Sie wollen die Schlupflöcher in der Geschäftsordnung, die wir noch haben, nutzen, um unsere Abläufe verächtlich zu machen. Wir haben in Thüringen gesehen, wie Sie missbrauchen wollten, was die Geschäftsordnung dort hergibt. Das machen wir nicht mit. Wir wollen ein starkes Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Jetzt erteile ich der Kollegin Dr. Irene Mihalic von Bündnis 90/Die Grünen das Wort und möchte mich dafür entschuldigen, dass ich ihren Namen vorhin falsch ausgesprochen habe; aber wir haben hier Beamte, die mich korrigiert haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ganz herzlichen Dank, auch für die korrekte Aussprache, Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal will ich sagen, dass meine Fraktion der Fortgeltung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und der anderen Geschäftsordnungen und Richtlinien selbstverständlich zustimmen wird, damit das Parlament und die weiteren Gremien arbeitsfähig werden. Und ebenso selbstverständlich lehnen wir die Änderungsanträge der AfD ab.

**Dr. Irene Mihalic**

- (A) Aber auch wenn wir der Geschäftsordnung jetzt zustimmen, ist es wirklich bedauerlich, lieber Alexander Hoffmann, dass die große Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, die wir in der letzten Wahlperiode angestoßen und über die wir 13 Monate lang intensiv verhandelt haben, letztlich an der Union gescheitert ist.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Nein, an den Grünen! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Die Grünen!)

Denn wir haben darin Regelungen vorgesehen, von denen Sie sich noch wünschen werden, dass wir sie bereits beschlossen hätten. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört zum Beispiel die Verschärfung des parlamentarischen Ordnungsrechts, also zum Beispiel, dass auch Ausschussvorsitzende die Möglichkeit haben, durch Sanktionen besser auf die Einhaltung parlamentarischer Regeln zu achten,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

oder zum Beispiel auch, dass wir Mindeststandards für die parlamentarische Rede festlegen, indem wir nicht dulden, dass hier im Plenum rassistische, beleidigende, sexistische und extremistische Äußerungen fallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Linken – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist doch heute schon so!)

(B)

Das hätte bei der Rede von Herrn Brandner eben bereits helfen können.

Ein verbesserter Minderheitenschutz, eine Stärkung des Fragewesens, zu all dem waren Sie letztlich leider nicht bereit, weil Sie noch ein paar Regelungen vorsehen wollten, die mit uns nicht zu machen waren. Da sind wir nicht zusammengekommen. Gerade jetzt, meine Damen und Herren, wo wir uns einer rechtsextremistischen, antidemokratischen AfD-Fraktion gegenübersehen,

(Zurufe von der AfD: Oijoi! Ordnungsruf!)

mit allerbesten Kontakten zu den Autokraten dieser Welt, nach Russland und nach China, was eine echte Gefahr für die sensiblen Infrastrukturen des Bundestages darstellt,

(Stephan Brandner [AfD]: Kinderschänderpartei!)

gerade jetzt wäre es wichtig, wir hätten schon in der letzten Wahlperiode für mehr Resilienz des Parlaments gesorgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir sind sehr gerne dazu bereit, zügig mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, wie wir die Regeln in der Geschäftsordnung so verbessern können, dass wir die parlamentarische Demokratie besser vor ihren Feinden schützen können, meine Damen und Herren.

Dazu gehört für mich auch, dass wir der Polizei des Deutschen Bundestages endlich eine solide Rechtsgrundlage für ihre wichtige Arbeit hier im Hohen Haus geben. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn wir dürfen es nicht zulassen, dass Verfassungsfeinde, die sich hier mitten unter uns befinden, jeden Tag am Abbau der parlamentarischen Demokratie arbeiten

(Zuruf von der AfD: Hetze!)

und wir dem einfach tatenlos zusehen. Wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden das jedenfalls nicht tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der künftigen Koalition, noch unsicher sind, wie Sie auf diese ganzen Fragen blicken, sind wir selbstverständlich gerne behilflich. Also lassen Sie uns möglichst bald Gespräche über eine Reform der Geschäftsordnung aufnehmen und auch das Bundestagspolizeigesetz zügig beraten, damit die Sicherheitsmaßnahmen, die wir in der letzten Wahlperiode noch ergriffen haben, endlich durchgesetzt werden können.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Meine liebe Kollegin Dr. Mihalic, ich bitte auch Sie um Mäßigung bei der Charakterisierung von anderen Fraktionen und Parteien im Bundestag. (D)

(Beifall bei der AfD – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Gysi, Mensch!)

Ich erteile nun das Wort dem Kollegen Christian Görke von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

**Christian Görke (Die Linke):**

Herr Alterspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der neu konstituierte Bundestag braucht natürlich eine Geschäftsordnung, und deshalb werden wir dem selbstverständlich zustimmen. Klar ist aber auch, dass wir uns auf zügige Reformschritte – meine Vorrednerin und Vorredner haben es angesprochen – bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung verständigen müssen.

Für die Linksfraktion steht ganz weit oben: Wir wollen einen transparenten Bundestag. Wir wollen faire, aber auch lebendige Debatten. Transparenz heißt für uns zum Beispiel, dass alle Ausschüsse des Deutschen Bundestages in Zukunft öffentlich sind.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu hat die sogenannte Fortschrittskoalition in der letzten Legislaturperiode – das gehört dazu, Herr Kollege Fechner – viel angekündigt, aber leider nur Halbgares hinterlassen.

**Christian Görke**

- (A) Gleichzeitig muss das verfassungsrechtlich verbrieftes Fragerecht der Parlamentarier gestärkt werden. Es ist das zentrale Element, um Regierungshandeln zu kontrollieren. Und wenn wir ehrlich zueinander sind: Die Regierungen in den letzten Jahren – GroKo und Ampelregierung – sind zusehends durch Nichtantworten aufgefallen oder haben sich hinter angeblichen Geheimschutzgründen versteckt. So sind in den letzten dreieinhalb Jahren so viele Antworten wie noch nie in die Geheimschutzstelle gewandert. Deshalb brauchen wir bei Nichtantworten Sanktionsmöglichkeiten des Parlaments gegenüber der Regierung, aber auch eine Stelle, angesiedelt in der Bundestagsverwaltung oder beim Präsidium, die die Einstufung einer Antwort der Bundesregierung als Geheim überprüft, bewertet und die Antwort gegebenenfalls freigibt.

(Beifall bei der Linken)

Außerdem ist längst überfällig, dass das parlamentarische Fragerecht auch mit einem Akteneinsichtsrecht kombiniert wird, welches in vielen Landtagen gang und gäbe ist. Warum nicht auch im 21. Deutschen Bundestag?

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den Anträgen sagen. Selbstverständlich, Herr Kollege Seidler, werden wir alles dafür tun, dass unsere nationalen Minderheiten und Sie als Person mit Ihren Rechten in diesem 21. Deutschen Bundestag gestärkt werden. Und Herr Brandner, angesichts des politischen Kalküls, mit dem Sie hier heute mit Ihren Anträgen aufwarten – irgendwie stören und hoffen, dass alle darüber reden –, muss ich Sie enttäuschen:

- (B) (Zurufe von der AfD: Oh!)

Diese sinnentleerten Anträge der AfD wird die Linke ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich erteile nun dem fraktionslosen Abgeordneten und Kollegen Stefan Seidler das Wort. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie nur eine Minute Redezeit haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Stefan Seidler** (fraktionslos):

Dann fasse ich mich kurz. Vielen Dank. – Herr Präsident! Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, auch im 21. Deutschen Bundestag hier am Rednerpult stehen zu dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Erstmals in der Geschichte unseres Landes ist es einer Partei einer nationalen Minderheit gelungen, in zwei aufeinanderfolgenden Wahlperioden in den Bundestag gewählt zu werden. Das ist nicht nur für meine Partei, den

SSW, ein bedeutender Moment, es ist vor allem ein historischer Schritt für die politische Vertretung unserer Minderheiten hierzulande. (C)

Unsere nationalen Minderheiten sind ein Teil unseres Landes; das sieht man jetzt auch in unserem Parlament. Anders als Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Vertreter von Parteien nationaler Minderheiten grundsätzlich als fraktionslose Abgeordnete in den Bundestag gewählt und können sich nicht frei Fraktionen anschließen. Und das hat direkte Folgen für die Mitarbeit im Parlament, die von unserer Geschäftsordnung geregelt wird.

Angesichts der jahrzehntelangen Abwesenheit von politischen Vertretern nationaler Minderheiten hier in diesem Hohen Haus ist es nicht verwunderlich, dass in unserer Geschäftsordnung keine spezifischen Regelungen für diesen besonderen Fall auftauchen. Umso mehr schätze ich es, dass die demokratischen Parteien im Parlament den Einzelnen vom SSW immer offen aufgenommen haben.

Ich bin auch dankbar, dass es in der vergangenen Wahlperiode einen Vorschlag gab, wie wir die Beteiligung von Abgeordneten von Parteien nationaler Minderheiten sicherstellen. Mit meinem Änderungsantrag möchte ich lediglich an diesen Dialog anknüpfen und für eine maßvolle Integration der einzelnen Minderheitenabgeordneten –

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Ich bitte Sie, das möglichst zügig zu sagen. Die Redezeit ist abgelaufen. (D)

**Stefan Seidler** (fraktionslos):

– über verhältnismäßige Geschäftsordnungsänderungen werben. Ich bitte daher um Zustimmung zur Überweisung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zunächst geht es um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/5 mit dem Titel „Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht, hier: Besetzung des Präsidiums in § 5 GO-BT“. Die Fraktion der AfD wünscht, über ihren Antrag in der Sache abzustimmen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD beantragen, an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu überweisen.

(Stephan Brandner [AfD]: Den gibt's noch gar nicht!)

Wir stimmen nach ständiger Übung zuerst über den Antrag auf Überweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? –

(Enrico Komning [AfD]: Den gibt es doch gar nicht!)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) Das sind die Fraktionen der CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Dann frage ich: Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. Damit stimmen wir heute über den Antrag auf Drucksache 21/5 nicht in der Sache ab.

Jetzt geht es um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/4 mit dem Titel „Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht, hier: Wahl und Abwahl des Präsidenten und der Stellvertreter in § 2 GO-BT“. Die Fraktion der AfD wünscht wiederum, über ihren Antrag in der Sache abzustimmen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen erneut Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Ich stelle deshalb folgende Frage: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Das sind wieder die Fraktionen der CDU/CSU, von Bündnis 90/Die Grünen, von SPD und Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das ist wiederum die Fraktion der AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung beschlossen. Damit stimmen wir heute über den Antrag auf Drucksache 21/4 nicht in der Sache ab.

Jetzt geht es um den Änderungsantrag des Abgeordneten Stefan Seidler auf Drucksache 21/3 mit dem Titel „Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht, hier: Berücksichtigung von Abgeordneten von Parteien nationaler Minderheiten“. Der Antrag soll an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung überwiesen werden. Dann braucht es darüber keine Abstimmung zu geben, weil der Antragsteller einverstanden ist. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

(B)

Jetzt kommen wir zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 21/1 zur Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der CDU/CSU, von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Es enthält sich die Fraktion der AfD. Dann ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die entsprechende Anwendbarkeit des § 62 Absatz 7 Abgeordnetengesetz auf die Liquidation einer Gruppe. Wer dafür stimmt, dass § 62 Absatz 7 Abgeordnetengesetz auch auf die Liquidation der Gruppe Die Linke der 20. Wahlperiode Anwendung findet,

(Enrico Komning [AfD]: Das geht doch rechtlich gar nicht!)

den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Dafür stimmen die Fraktionen der CDU/CSU, von Bündnis 90/Die Grünen, von der SPD und auch von der Linken.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Unfassbar! Unglaublich!)

Wer stimmt dagegen? – Die AfD stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist entschieden worden, dass die Fraktion Die Linke die Nachfolge der Gruppe Die Linke aus der letzten Legislaturperiode antreten kann.

(Beifall bei der Linken – Dr. Alice Weidel [AfD]: Hui!)

– Na ja, so bedeutend ist es nun auch nicht, aber schon spannend.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 3 auf:

### **Wahl der Präsidentin/des Präsidenten verbunden mit Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Mit dieser Wahl werden der Namensaufruf der Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Feststellung der Beschlussfähigkeit verbunden.

Es entspricht der parlamentarischen Tradition, dass die stärkste Fraktion eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorschlägt. – Ich bitte Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz, um Ihren Vorschlag.

**Friedrich Merz** (CDU/CSU):

Herr Alterspräsident, im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlage ich dem Hohen Haus zur Wahl zur Präsidentin des 21. Deutschen Bundestages unsere Kollegin Julia Klöckner vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Die Abgeordnete Julia Klöckner ist vorgeschlagen worden.

Ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Wahlverfahren. Und die, die schon lange im Bundestag sind und das schon hundertmal gehört haben, bitte ich dennoch, Ruhe zu bewahren, weil es viele neue Abgeordnete gibt, die das noch nicht kennen. Also: Die Wahl findet mit verdeckten Stimmkarten, also geheim, statt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, also mindestens 316 Stimmen, erhält. Für diese Wahl benötigen Sie Ihren roten Wahlausweis aus Ihrem Stimmkartenfach in der Westlobby. Bitte kontrollieren Sie, ob dieser Wahlausweis Ihren Namen trägt. Die Wahl wird in der Abgeordnetenlobby stattfinden. Gehen Sie bitte dort erst nach Aufruf Ihres Namens hin. Dort erhalten Sie eine rote Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag von den Schriftführerinnen und Schriftführern an den Ausgabebüscheln in der Abgeordnetenlobby.

Gültig sind nur Stimmkarten mit einem Kreuz bei „ja“, „nein“ oder „enthalte mich“. Ungültig sind Stimmen auf nichtamtlichen Stimmkarten sowie Stimmkarten, die mehr als ein Kreuz, kein Kreuz oder andere Namen oder andere Zusätze enthalten.

Sie dürfen Ihre Stimmkarte nur in der Wahlkabine ankreuzen, und Sie müssen ebenfalls noch in der Wahlkabine die Stimmkarte in den Umschlag legen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind verpflichtet, jeden, der seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine

(C)

(D)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi**

- (A) kennzeichnet oder außerhalb der Wahlkabine in den Umschlag legt, zurückzuweisen. Die Stimmabgabe kann in diesem Falle jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden. Das gilt auch für die noch folgenden Wahlen.

Nachdem Sie die Stimmkarte in einer Wahlkabine gekennzeichnet und dort in den Wahlumschlag gelegt haben, gehen Sie bitte zu den Wahlurnen. Bevor Sie den Wahlumschlag in eine der Wahlurnen werfen, müssen Sie Ihren Wahlausweis einer der Schriftführerinnen oder einem der Schriftführer an der Wahlurne übergeben. Der Nachweis der Teilnahme an der Wahl kann nur durch die Abgabe des Wahlausweises erbracht werden.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, der ebenso für die später folgenden Wahlen gilt: Das Fotografieren oder Filmen der ausgefüllten Stimmkarten stellt einen Verstoß gegen das Wahlgeheimnis dar und verletzt die Ordnung und Würde des Hauses. Ich behalte mir vor, auch bei nachträglicher Kenntnis von entsprechenden Verstößen, Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen.

Ich bitte jetzt die eingeteilten Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Ich bitte Sie, den Namensaufruf zu verfolgen und sich nach dem Aufruf Ihres Namens zur Entgegennahme der Stimmkarte und des Wahlumschlages zu den Ausgabebüscheln in der Abgeordnetenlobby zu begeben.

Jetzt frage ich einmal: Haben alle Schriftführerinnen und Schriftführer ihre Plätze eingenommen? – Ja, das ist der Fall. Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

- (B) (Namensaufruf und Wahl)

Ich bedanke mich. – Damit ist der Aufruf der Abgeordneten abgeschlossen. Wir warten jetzt ab, bis alle gewählt haben.

Wenn noch jemand seine Stimme abgeben will, muss das jetzt geschehen, und zwar sehr bald, weil die Wahl gleich als abgeschlossen gilt. – Also noch einmal: Bitte die Stimme abgeben.

Haben alle Mitglieder des Hauses, auch die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Zur Auszählung unterbreche ich die Sitzung für etwa 25 Minuten. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelsignal angekündigt.

(Unterbrechung von 13:05 bis 13:31 Uhr)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen. – Ich bitte noch mal alle, Platz zu nehmen, damit ich Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt geben kann. Das gilt auch für die Abgeordneten der AfD.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Für die anderen auch!)

Ich gebe jetzt das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Wahl** bekannt:

Der Deutsche Bundestag verfügt über 630 Mitglieder. (C)  
Abgegebene Stimmen 622, ungültige Stimmzettel 5. Mit Ja haben gestimmt 382 Abgeordnete.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Mit Nein haben gestimmt 204 Abgeordnete.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es gab 31 Enthaltungen. Die Abgeordnete Julia Klöckner hat die erforderliche Mehrheit von mindestens 316 Stimmen erreicht. Sie ist damit zur Präsidentin des 21. Deutschen Bundestages gewählt.<sup>1)</sup>

Ich frage Sie, liebe Kollegin Frau Klöckner: Nehmen Sie die Wahl an?

**Julia Klöckner (CDU/CSU):**

Herr Kollege Gysi, ich nehme sehr gerne diese Wahl an und bedanke mich für Ihre Stimmen und für Ihr Vertrauen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der AfD – Die Fraktion der CDU/CSU sowie Abgeordnete der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich – Abgeordnete aller Fraktionen gratulieren der Präsidentin und überreichen Blumensträuße)

**Alterspräsident Dr. Gregor Gysi:**

Frau Präsidentin, ich darf Ihnen persönlich und im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich gratulieren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich bitte Sie, Ihr Amt zu übernehmen und mich damit abzulösen.

Tagesordnungspunkt 4:

**Amtsübernahme durch die Präsidentin/den Präsidenten mit Ansprache****Präsidentin Julia Klöckner:**

Guten Tag! Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Wahl ist weniger eine Auszeichnung, sie ist vielmehr Verpflichtung. In diesem Bewusstsein danke ich Ihnen und euch sehr für dieses große Zeichen und auch den Vorschuss an Vertrauen für dieses Amt. Ich habe den festen Willen, die mir übertragene Aufgabe stets unparteiisch, unaufgeregt und auch unverzagt zu erfüllen – klar in der Sache, aber zugleich verbindend im Miteinander.

Die Konstituierung eines neuen Bundestages ist immer auch ein feierlicher Moment. Es ist ein Ereignis, das Kontinuität mit Neuem verbindet, mit Erneuerung. Es markiert die Stärke der parlamentarischen Demokratie, unserer Demokratie, dass es einen friedlichen Übergang

<sup>1)</sup> Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 2

**Präsidentin Julia Klöckner**

(A) zu neuen Machtverhältnissen durch freie Wahlen gibt. Aber so selbstverständlich, wie wir gerne glauben, ist das nicht. Mit Sorge schaue ich auf die Entwicklungen in der Türkei. Ich möchte die Menschen in der Türkei ermutigen: Demokratie lässt sich nicht aufhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der AfD)

Unsere freiheitliche Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit. Über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit autokratischen oder teilaokratischen Staatsformen. Gerade deshalb müssen wir unsere Staatsform mit ganzer Kraft verteidigen, gegen alle, die sie in ihren Grundfesten erschüttern wollen, ganz gleich, aus welcher Richtung diese Angriffe kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Wir können uns freuen über die hohe Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl: 82,5 Prozent, die höchste seit der Wiedervereinigung. Nicht freuen und ruhen lassen kann uns das schwindende Vertrauen in Politiker und staatliche Institutionen unseres Landes. Wir brauchen eine neue Vertrauensbeziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Volksvertreterinnen und Volksvertretern.

Die Wählerinnen und Wähler haben am 23. Februar die Mehrheiten im Deutschen Bundestag neu bestimmt. Es wird eine neue Koalition geben, deren Mehrheitswille dieses Land gestalten soll. Ich will an dieser Stelle auch sagen: Mehrheiten, die demokratisch gefunden worden sind, das sind keine Kartelle.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Eine Regierung hat jeder Staat. Es ist aber das Vorhandensein einer Opposition im Parlament, das eine Demokratie auszeichnet. Als langjähriges Mitglied in diesem Hohen Haus habe ich beides erlebt: Teil der Regierung und der Mehrheitsfraktionen zu sein sowie in der Opposition zu sitzen. Ich weiß um die Lage in den unterschiedlichen Rollen, in denen sich die Abgeordneten des Bundestages befinden.

Ihnen, sehr geehrter Herr Alterspräsident, herzlichen Dank für Ihre Rede. Die einen finden Redezeitbeschränkungen gut, andere weniger.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Ich bedanke mich sehr für Ihren Aufgalopp heute. Das Wachen über die Redezeit ist vom Stuhl der Präsidentin aus ein Leichtes; dafür gibt es eine Uhr. Aber ich werde nicht nur auf die Uhr schauen, ich werde auch hinhören – zum Rednerpult und in den Saal hinein. Hierbei gibt es einen ganz klaren Gradmesser für mich: den Anstand. Einen kontroversen Diskurs müssen wir führen, aushalten, ertragen – ja, das gehört dazu –, nach klaren Regeln, nach klaren Verfahren und Mehrheiten. Ich werde darauf achten, dass wir ein zivilisiertes Miteinander pflegen und, wenn wir dies nicht tun, es erlernen. Ja, es kommt beim Streiten auf den Stil an und auch auf den Respekt im

Umgang miteinander. Die Art, wie wir hier miteinander (C) umgehen und Argumente austauschen, hat – da bin ich mir sehr sicher – Einfluss auf gesellschaftliche Debatten. Wir ringen hier im Plenum um Lösungen der Probleme, die unser Land aufwühlen. Die vergangene Bundesregierung ist am intensiven Streit auseinandergegangen. Angesichts der Anforderungen, vor denen unser Land steht, sollten wir miteinander den Stil des Diskurses gemeinsam überdenken. Im Parlament führen wir Auseinandersetzungen stellvertretend für die Gesellschaft. Demokratie bedeutet – von „Demos“, Volk – also Herrschaft des Volkes. Nicht wir herrschen, sondern das Volk hat uns beauftragt. Und wie wir das tun, das ist prägend. Seien wir grundsätzlich bereit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem anderen zuzuhören und seine Beweggründe verstehen zu wollen, auch wenn man sie vielleicht nicht teilt. Aber der Ansatz, verstehen zu wollen, stellt keine Überforderung dar, sondern bedeutet einen ordentlichen Umgang miteinander.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Dabei hat die Mehrheit nicht automatisch recht, die Minderheit aber auch nicht. Kritisieren wir einander; das gehört dazu. Aber reden wir uns nicht gegenseitig persönlich schlecht. Wir kommen nicht ins Stolpern, nur weil wir einen Schritt aufeinander zugehen. „Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln.“ Das stammt nicht von mir, sondern von Otto von Bismarck.

Die Verengung der zulässigen Diskursräume in Richtung (D) der eigenen Ansichten ist im Übrigen keine gute Entwicklung in jüngster Zeit. Wer Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt ernst nimmt, der muss auch andere Sichtweisen ertragen, sie aushalten.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Nicht jede Meinung, die ich selbst nicht teile, kommt dem Extremismus gleich. Demokratie ist im besten Sinne Zustimmung. Haben wir den Mut zum gegenseitigen Zuhören, zum Aushalten des Meinungsspektrums im Rahmen unserer Verfassung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Vielen Dank, liebe Bärbel Bas, für Ihren Einsatz in den vergangenen dreieinhalb Jahren; Sie haben unermüdlich für faire Debatten in diesem Haus gekämpft. Und wenn man schaut, was alles an Ereignissen in dreieinhalb Jahre passt: Es gab in dieser Zeit bewegende und zum Teil auch sehr kontroverse Sitzungen hier im Deutschen Bundestag. Wir haben etwa über die Folgen der russischen Aggression oder des Terrorangriffs der Hamas, wir haben über die Energieversorgung oder die Rolle der Bundeswehr hier diskutiert. Eine Bundestagsfraktion hat sich aufgelöst. Der Bundeskanzler hat die Vertrauensfrage gestellt. Ich danke Ihnen, liebe Kollegin Bas, im Namen des ganzen Hauses für Ihren Einsatz und für Ihre Verdienste in dieser Zeit. Alles Gute für Sie!

(Beifall im ganzen Hause)

**Präsidentin Julia Klöckner**

(A) Ich freue mich auch sehr, auf der Ehrentribüne Sabine Bergmann-Pohl und Norbert Lammert begrüßen zu können, unsere Amtsvorgänger. Sehr geehrter Herr Bundespräsident Christian Wulff, ich freue mich sehr, dass auch Sie heute da sind.

Ich danke den scheidenden Mitgliedern des Bundestagspräsidiums Yvonne Magwas, Aydan Özoğuz, Katrin Göring-Eckardt, Petra Pau und Wolfgang Kubicki sowie den Schriftführerinnen und Schriftführern.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Und ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die dieses Haus verlassen, für ihre Verdienste um unsere Demokratie. 333 Personen gehören dem neuen Deutschen Bundestag nicht mehr an. Manche haben einfach nicht mehr kandidiert, andere haben eine Wahl verloren, und wieder andere haben eine Wahl gewonnen und trotzdem ihr Mandat verloren. Letzteres ist das Ergebnis des neuen Wahlrechts – leider. Das Ziel der Wahlrechtsreform war eine Verkleinerung des Deutschen Bundestages, und dieses Ziel wurde erreicht. Ich habe aber Zweifel, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ob wir den Wählerinnen und Wählern wirklich überzeugend erklären können, warum 23 Kandidatinnen und Kandidaten, die in ihrem Wahlkreis die Stimmenmehrheit gewonnen haben, nun kein Mandat zugeteilt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der Linken)

(B) Zugegeben, das Wahlrecht war in Deutschland schon immer etwas kompliziert. Doch eines konnte man bislang sehr einfach erklären: dass die Wähler mit ihrer Erststimme einen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag wählen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Stefan Keuter [AfD])

Aus diesem Grund: Sollten nicht künftig wieder diejenigen, die in ihrem jeweiligen Wahlkreis das größte Vertrauen genießen, ihre Heimat auch im Deutschen Bundestag vertreten dürfen? Es muss doch möglich sein, das Ziel der Wahlrechtsreform – eine deutliche Verkleinerung des Bundestages – mit einem verständlichen und gerechten Wahlrecht zu verbinden. Da sind wir alle gefordert; ich sage das auch an meine eigenen Reihen gerichtet. Als je verständlicher und gerechter ein Wahlsystem empfunden wird, desto größer ist dessen Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb: Lassen Sie uns ruhig in dieser neuen Legislaturperiode noch einmal gründlich darüber nachdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Schließlich ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sei es in der Bundestagsverwaltung, in den Abgeordnetenbüros oder in den Fraktionen –: Danke für Ihre umsichtige Organisation nicht nur des heutigen Tages. „Demokratie möglich machen“ ist der selbstgewählte Leitspruch der Bundestagsverwaltung – ein treffender Satz, der vor allem die Motivation der rund 3 200 Menschen zeigt, die uns Abgeordnete aus der Verwaltung heraus unterstützen. Nach der Verkleine-

(C) rung des Deutschen Bundestages auf 630 Sitze werden wir zu Recht mit der Frage konfrontiert, ob ein kleineres Parlament nicht auch mit weniger eigenen Ressourcen auskommen kann. Die Frage ist berechtigt. Ich verspreche, dieser Frage nicht auszuweichen. Lassen Sie uns parlamentarisch auch in den Kommissionen des Ältestenrates darüber beraten, wie wir konsolidieren und sparen und mit gutem Beispiel vorangehen können, einem Beispiel, dem sich die Bundesregierung dann gerne anschließen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Rainer Kraft [AfD])

Wie wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere künftige Arbeit nun aussehen? Sie sollte von Kompromissen geleitet sein. Der politische Kompromiss ist systemimmanent. Demokratie ohne Kompromiss ist keine Demokratie; der Kompromiss ist ihr Wesenskern und der Normalfall. Und der Kompromiss ist eben nicht nur die zweitbeste Lösung. Wer Kompromisse schließt, zeigt Stärke und Handlungsfähigkeit. Dabei muss ein Kompromiss keineswegs nur das Verständigen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner sein. Der Kompromiss dient nicht selten dem Ausgleich sich gegenseitig widerstrebender Interessen. Er kann auch befrieden. Wichtig ist, dass er sachlich gut begründet werden kann, sinnvoll und auch zielführend ist. Am Ende stehen mehrheitlich beschlossene Entscheidungen, die von allen respektiert werden müssen, auch von jenen, die anderer Meinung sind.

(D) Es war Helmut Schmidt, der sagte: In der Demokratie gibt es keine dauerhaften Siege, aber auch keine endgültigen Niederlagen. – Je breiter das politische Spektrum, desto wichtiger werden diese gemeinsamen Grundregeln, die von allen akzeptiert werden.

Eine offene Fehlerkultur kann uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, helfen, verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen. Wir als Volksvertreter dürfen uns nicht zu fein sein, Fehler einzugestehen. Ja, wir alle machen Fehler. Wo Menschen handeln, passieren Fehler. Diese zuzugeben, ist die einzigartige Stärke der Demokratie; in einer Diktatur hören Sie nichts von Fehlern.

Dieses Parlament wird der neuen Bundesregierung mindestens ebenso deutlich auf die Finger schauen, wie es der 20. Deutsche Bundestag bei der alten Bundesregierung getan hat. Sollte eine neue Regierung die Auffassung entwickeln, dieses Parlament sei nur zum Abnicken ihrer Vorstellungen gewählt, möchte ich schon heute möglichen späteren Enttäuschungen vorbeugen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Wir Abgeordneten kontrollieren die Regierung. Sie schuldet uns Rechenschaft, und nicht umgekehrt; denn das Parlament ist keine nachgeordnete Behörde der Bundesregierung.

(Christian Görke [Die Linke]: Ganz meine Meinung!)

**Präsidentin Julia Klöckner**

- (A) Zentrales Instrument für diese Rechenschaft ist im Übrigen das parlamentarische Fragerecht. Dieses müssen wir weiter stärken, nicht zuletzt mit Blick auf die Regierungsbefragung.

Durch die vorgezogene Neuwahl konnte der 20. Bundestag ein großes Projekt, das ich mit Blick auf die Stärkung des Parlamentes für sehr essenziell betrachte, nicht zu Ende bringen: die Reform der Geschäftsordnung. Ich werde dafür arbeiten, dass wir eine Reform in dieser Legislaturperiode gemeinsam hinbekommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor etwas mehr als einem Jahr haben wir an dieser Stelle unseres ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble gedacht. Bei einer Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten hatte er vor der – ich zitiere – „algorithmengesteuerten Aufmerksamkeitsökonomie“ im Netz gewarnt, die Teilöffentlichkeiten zementiere, Hass und Desinformation befördere und die Gesellschaft polarisiere. Wir können die Algorithmen nicht ändern. Wir können diese Teilöffentlichkeiten aber auch nicht einfach sich selbst überlassen. Beschreiten wir den Weg in die sogenannten sozialen Medien noch stärker! Ich nenne diese Plattformen die „digitalen Theken“. Wir müssen dort ebenso streitbar Position beziehen wie an den Stammtischen im Land oder hier im Deutschen Bundestag. Wir müssen aber auch dem Irrtum entgegentreten, dass die in der eigenen Blase entwickelten Auffassungen mit denen der Mehrheit gleichzusetzen sind. Lautstärke ist nicht automatisch Mehrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Das Politische braucht die konkrete Begegnung, das Miteinander und auch den zivilisierten Streit. Das gilt auch für die virtuelle Öffentlichkeit. Demokratie nur digital, das wird niemals gelingen. Dennoch: Wir müssen an den „digitalen Theken“ präsent sein und mitreden, wir Abgeordneten persönlich, aber auch das Parlament als Ganzes. Dazu gehört eine noch besser funktionierende, benutzerorientierte Digitalisierung unserer parlamentarischen Arbeit. Der Deutsche Bundestag ist schon eines der meistbesuchten Parlamente dieser Welt. Das ist etwas Wunderbares. Wir sind aber noch lange nicht das modernste Parlament dieser Welt; das sollte unser Anspruch werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der 21. Bundestag ist natürlich anders als seine Vorgänger. Was bleibt, ist die Vielfalt, zum Beispiel an beruflichen Hintergründen, Lebenswegen und Lebenserfahrungen. Ein Blick auf die Berufsbilder zeigt: An Juristen und Lehrern mangelt es uns weniger. Gut ist, dass auch Krankenschwestern, Erzieherinnen und Handwerker unter unseren Volksvertretern sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der Linken)

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten beträgt 47 Jahre. Sehr geehrte Herren, Sie erhöhen das Durchschnittsalter;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

die Frauen hier im Parlament sind im Durchschnitt jünger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Jüngste in diesem Parlament ist 23 Jahre alt

(Beifall bei Abgeordneten der Linken)

und der Älteste 84.

230 von uns sind neu in diesem Parlament. Ich verspreche Ihnen: Auf Sie wartet eine außergewöhnliche, eine erfüllende und gleichzeitig auch sehr fordernde Arbeit. Doch vergessen Sie bitte bei all Ihren fordernden und zehrenden Einsätzen nie Ihre Familien und Freunde, diejenigen, die eben vorher schon da waren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Auch wir Abgeordnete, die wir häufig in der Öffentlichkeit stehen und angegriffen werden, brauchen Rückzugsorte, Erdung und manchmal guten Zuspruch.

Frauen machen im Übrigen weniger als ein Drittel der Abgeordneten aus. Dabei besteht unsere Gesellschaft zu mehr als der Hälfte aus Frauen. Ein Parlament, das für alle spricht, sollte die gesellschaftlichen Gruppen angemessen repräsentieren; das ist mit Blick auf die Geschlechter ganz offensichtlich noch nicht überall gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

(D)

Denn das Wahlrecht hindert seit 1918 keine Frau mehr an der Kandidatur, die Rahmenbedingungen tun es offenbar sehr wohl. Für mich heißt das: Wir müssen uns mehr anstrengen, um mehr Frauen in die Politik und in die Parlamente zu holen. Dazu gehören – nicht nur, aber auch – Lebensnähe und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Konkret möchte ich Ihnen kurz von vergangener Woche berichten. Nachdem wir hier im Saal debattiert hatten, wurde abgestimmt. Zwei junge Mütter kamen auf mich zu. Beide trugen einen drei bzw. vier Wochen alten Säugling bei sich. Warum? Weil diese kleinen Menschen nicht einfach abgelegt werden können, wenn die Mutter abstimmen muss und ihre Präsenz erforderlich ist. Damit dies möglich war, musste eine Sondergenehmigung recht umständlich erteilt werden. Wenn wir mehr Menschen aus allen Lebensbereichen und vor allem mehr Frauen in diesem Parlament haben wollen, dann müssen wir mehr auf Lebenspraktikabilität achten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken sowie bei Abgeordneten der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Abgeordnete sind viel unterwegs in unseren Wahlkreisen – bei den Menschen, die uns gewählt haben, aber auch bei denen, die uns nicht gewählt haben. Als Abgeordnete vertreten



**Präsidentin Julia Klöckner**

- (A) wir nicht nur diejenigen, die uns gewählt haben; das sollte uns sehr bewusst sein. Wir vertreten ein ganzes Volk; aber niemand vertritt ein ganzes Volk allein. Wir nehmen mit, was die Bürgerinnen und Bürger beschäftigt und was sie sich wünschen. Vielleicht wissen und fühlen wir Abgeordnete manchmal besser als Forschungsinstitute, was die Menschen wirklich bewegt. Dafür brauchen wir das „hörende Herz“, von dem Papst Benedikt in seiner Rede hier im Deutschen Bundestag gesprochen hat. Dieses „hörende Herz“ brauchen auch wir Abgeordnete untereinander als Grundlage und zugleich als Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander. Erst zusammen sind wir Deutschland. Niemand allein ist Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen unsere Arbeit in einer sehr aufgewühlten Zeit auf – gesellschaftspolitisch, wirtschaftlich, geostrategisch. Europa muss jetzt mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit übernehmen.

Ich danke allen Soldatinnen und Soldaten, auch unserer Polizei, allen Sicherheits- und Rettungskräften in unserem Land für ihren Dienst und ihren Einsatz zu unser aller Wohl und unser aller Schutz. Wer Sie angreift, greift uns alle an.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

- (B) Aber Deutschland kämpft gerade auch um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit um Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir ihre Probleme und Sorgen angehen. Sie wollen konsequente Reformen, auch in der Politik selbst.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Es ist ein schöner Zufall, dass sich der 21. Bundestag an einem 25. März konstituiert, dem Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Ohne die großen Staatsmänner Konrad Adenauer und Charles de Gaulle wäre die europäische Einigung nicht möglich gewesen. In meiner Heimatstadt Bad Kreuznach haben sie sich zum ersten Mal auf deutschem Boden getroffen. Später knüpften Helmut Kohl und François Mitterrand daran an. Ich freue mich, wenn wir international die Kontakte halten, intensivieren und aufbauen.

Ich freue mich besonders, dass heute der Botschafter des Staates Israel, Ron Prosor, unser Gast ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Wir erleben immer wieder Angriffe auf jüdisches Leben in unserem Land. Nicht nur an den Rändern der Gesellschaft erstarken Kräfte, die den Nationalsozialismus verharmlosen. Auf der Straße, auf den Schulhöfen, in Universitäten und im Internet sind rassistische und anti-

semitische Parolen zu hören. Keine Form des Antisemitismus darf salonfähig werden, keine ist tolerabel, und keine ist zu entschuldigen! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD und der Linken)

Sehr geehrter Herr Botschafter, am 12. Mai jährt sich zum sechzigsten Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Der Einsatz für jüdisches Leben in Deutschland und die Beziehung zwischen Deutschland und Israel werden mir in meinem Amt ein wichtiges Anliegen sein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Wir müssen in unserem Land die Stimmung wieder verbessern, nicht uns permanent selbst schlechtreden. Wir brauchen Optimismus und Zuversicht. Dieser Ruck, dieser Optimismusruck, muss wieder durch unser Land gehen.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für diese neue Legislaturperiode. Ich wünsche uns eine gute und glückliche Hand, ein hörendes Herz und denen, denen es wichtig ist, wie mir auch, Gottes reichen Segen. Mögen wir behütet sein und wissen: Wir geben immer nur die vorletzten Antworten auf die großen Fragen unserer Gesellschaft.

Alles Gute und herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich – Dr. Alice Weidel [AfD]: Eine schöne Rede! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Eine tolle Rede!) (D)

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 5:

#### **Festlegung der Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten**

#### **Drucksache 21/6**

Hierzu liegt der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 21/6 vor.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Und CSU! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Und CSU! Das fängt ja gut an!)

– Das fängt ja gut an, wollte ich gerade sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir stimmen also über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 21/6 ab. Wer stimmt für den Antrag? – Das sind, wie ich sehe, alle Fraktionen in diesem Haus. Gegenprobe! – Ich sehe keine Neinstimmen. Enthaltungen? – Der Antrag ist von allen Fraktionen in diesem Haus angenommen. Damit ist die Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin auf fünf festgelegt.

**Präsidentin Julia Klöckner**

(A) Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 6:

### **Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten**

Nach unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten geheim. Interfraktionell ist vereinbart worden, die Wahlen der fünf Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin mit Wahlausweis und einer Stimmkarte, auf der alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt sind, durchzuführen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann verfahren wir auch so.

Mir liegen folgende Vorschläge von den Fraktionen vor: von der Fraktion der CDU/CSU Andrea Lindholz, von der Fraktion der AfD Gerold Otten, von der Fraktion der SPD Josephine Ortleb, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Omid Nouripour und von der Fraktion Die Linke Bodo Ramelow.

Ich schaue, ob weitere Kandidaten vorgeschlagen werden. – Das ist nicht der Fall.

Ich bitte nun um Ihre Aufmerksamkeit für einige weitere Hinweise zum Ablauf der Wahl.

(B) Die Wahl findet mit verdeckten Stimmkarten, also geheim, statt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält; das sind 316 Stimmen. Für diesen Wahlgang sind Stimmkarte und Wahlausweis blau. Ihren Wahlausweis können Sie, soweit noch nicht geschehen, den Stimmkartenfächern in der Westlobby entnehmen. Diese Wahl erfolgt wieder in der Abgeordnetenlobby. An den Ausgabefächern erhalten Sie Ihre blaue Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag. Auf der Stimmkarte sind alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt.

Sie können zu jedem Kandidatenvorschlag „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen. Sie haben also insgesamt fünf Stimmen. Wenn Sie bei einem Namen mehr als ein Kreuz, gar kein Kreuz machen, andere Namen oder Zusätze eintragen, ist diese Stimme ungültig. Sie dürfen Ihre Stimmkarte nur in der Wahlkabine ankreuzen und müssen die Stimmkarte ebenfalls noch in der Wahlkabine in den Umschlag legen.

Denken Sie bitte an das Verbot, zu filmen oder zu fotografieren.

Bevor Sie den Wahlumschlag in die Wahlurne werfen, müssen Sie Ihren Wahlausweis einer der Schriftführerinnen oder einem der Schriftführer an der Wahlurne übergeben.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Dieser Wahlgang erfolgt ohne Namensaufruf. – Ich höre, die Urnen sind besetzt. Ich eröffne hiermit die Wahl.

Ein kurzer Hinweis: Wer bisher noch nicht gewählt hat, hat jetzt noch die Chance, wählen zu gehen.

Wir schließen jetzt die Wahlurnen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, sich für die Auszählung bereitzuhalten.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 14:36 bis 15:40 Uhr)

(C)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet, und ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Wahl** der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin bekannt – bitte warten Sie mit Ihren verständlichen Glückwünschen, bis ich alle Ergebnisse verkündet habe und alle Gewählten die Annahme der Wahl erklärt haben –: Mitgliedszahl unseres Parlamentes: 630 Abgeordnete. Abgegebene Stimmen: 613.<sup>1)</sup>

Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf Andrea Lindholz Jastimmen 425, Neinstimmen 132, Enthaltungen 53 und ungültige Stimmen 3.

Auf den Kandidaten Gerold Otten von der AfD-Fraktion entfielen Jastimmen 185, Neinstimmen 411, Enthaltungen 10 und ungültige Stimmen 7.

Auf die Kandidatin der SPD, Josephine Ortleb, entfielen an Jastimmen 434, Neinstimmen 145, Enthaltungen 31 und ungültige Stimmen 3.

Auf den Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, Omid Nouripour, entfielen Jastimmen 432, Neinstimmen 156, Enthaltungen 22 und ungültige Stimmen 3.

Auf den Kandidaten der Linken, Bodo Ramelow, entfielen an Jastimmen 318, Neinstimmen 256, Enthaltungen 34 und ungültige Stimmen 5.

Die Abgeordneten Andrea Lindholz, Josephine Ortleb, Omid Nouripour und Bodo Ramelow haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind zu Stellvertreterinnen und Stellvertretern der Präsidentin des 21. Deutschen Bundestages gewählt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich darf Sie bitten: Bevor gratuliert wird, muss die Wahl erst noch angenommen werden, und ich würde das Protokoll gerne noch fertig verlesen, bei allem Überschwang.

Der Abgeordnete Gerold Otten hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.

Ich frage Sie, sehr geehrte Frau Kollegin Lindholz: Nehmen Sie diese Wahl an?

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):**

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich bei allen sehr für ihr Vertrauen. – Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Ich frage Sie, sehr geehrte Frau Kollegin Ortleb: Nehmen Sie die Wahl an?

<sup>1)</sup> Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 3

(A) **Josephine Ortleb** (SPD):  
Ich nehme die Wahl an und bedanke mich ebenfalls für das Vertrauen. Auf gute Zusammenarbeit! – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Sehr geehrter Herr Kollege Omid Nouripour, nehmen Sie die Wahl an?

**Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an, bedanke mich für das Vertrauen und freue mich auf die Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der Linken)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Sehr geehrter Herr Kollege Ramelow, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

**Bodo Ramelow** (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, es ist mir eine große Ehre, für unser Land die Arbeit im Deutschen Bundestag verrichten zu dürfen. Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Jetzt können Sie gratulieren.

(Zahlreiche Abgeordnete gratulieren den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es wird während der Abstimmungspause gleich noch Gelegenheit zum weiteren Gratulieren geben. Deshalb darf ich Sie bitten, dass wir mit der Sitzung fortfahren; die Gratulationen können nachher fortgesetzt werden.

Im Namen des Hauses, aber auch sehr persönlich wünsche ich Ihnen Glück und Erfolg für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe, Gottes Segen und ein gutes Händchen. Auf eine gute Zusammenarbeit im Präsidium dieses Deutschen Bundestages!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Jetzt darf ich fortfahren. Die Fraktion der AfD hat sich auf einen zweiten Wahlgang verständigt. Für diesen Wahlgang schlägt die Fraktion der AfD erneut den Kollegen Otten vor.

(Stephan Brandner [AfD]: Ja, guter Mann!)

Deshalb bitte ich Sie: Begeben Sie sich zu den bekannten Ausgabebüchern, um die Stimmkarte in Empfang zu nehmen.

(C)  
Lassen Sie mich bitte noch erläutern: Auch im zweiten Wahlgang ist nach unserer Geschäftsordnung die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, also 316 Stimmen, erforderlich. Die Wahl ist wiederum geheim. Für diesen Wahlgang nutzen Sie bitte den weißen Wahlausweis. Die erforderliche gelbe Stimmkarte und einen weißen Wahlumschlag erhalten Sie wieder an den bekannten Ausgabebüchern. Sie können auf Ihrer Stimmkarte „ja“, „nein“ oder „enthalte mich“ ankreuzen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen, und eröffne hiermit die Wahl.

Wer seine Stimme bisher noch nicht abgegeben hat und das noch tun möchte, möge das bitte jetzt tun, weil wir den Wahlgang gleich schließen werden.

Ich darf um Aufmerksamkeit bitten, auch wenn der Tag lang ist: Hat jeder seine Stimme abgegeben? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe hiermit die Wahl und darf jetzt die Schriftführerinnen und Schriftführer bitten, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung für etwa eine halbe Stunde. Mit dem Klingelsignal werden wir wieder rechtzeitig beginnen.

(Unterbrechung von 16:09 bis 16:28 Uhr)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

(D)  
Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Wahl** eines weiteren Vizepräsidenten im zweiten Wahlgang bekannt – dafür bitte ich, die Plätze einzunehmen –:<sup>1)</sup>

Die Mitgliederzahl unseres Hauses beträgt 630 Abgeordnete. Abgegebene Stimmzettel 605, ungültige Stimmzettel 1. Mit Ja haben gestimmt 190 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 401 Abgeordnete, Enthaltungen 13. Der Abgeordnete Gerold Otten hat die erforderliche Mehrheit von mindestens 316 Stimmen nicht erreicht. Er ist nicht zum Stellvertreter der Präsidentin gewählt worden.

Der Kollege Otten hat im zweiten Wahlgang nicht die Stimmen der Mehrheit erhalten. Nach unserer Geschäftsordnung kann mit einem Kandidaten nach einem erfolglosen zweiten Wahlgang noch ein dritter Wahlgang stattfinden. Deshalb schaue ich in Richtung AfD-Fraktion. – Die Fraktion der AfD hat sich auf einen dritten Wahlgang verständigt. Das heißt für uns: Für diesen Wahlgang steht erneut der Kollege Otten zur Wahl.

Ich will Ihnen das Verfahren schnell erläutern. Im dritten Wahlgang ist nach unserer Geschäftsordnung die Kandidatin oder der Kandidat gewählt, wenn sie oder er die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, also die Zahl der Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der Nein-Stimmen. Enthaltungen bleiben insofern unberücksichtigt. Die Wahl ist wiederum geheim. Der Wahlausweis für diese Wahl ist grau. Die Stimmkarte ist grün. Zusätzlich erhalten Sie einen grauen Wahl-

<sup>1)</sup> Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 4

**Präsidentin Julia Klöckner**

- (A) umschlag. Die Stimmkarte erhalten Sie wieder an den Ausgabestischen. Sie können auf Ihrer Stimmkarte „ja“, „nein“ oder „enthalte mich“ ankreuzen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Hiermit eröffne ich die Wahl.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben jetzt die letzte Chance, noch wählen zu gehen. Machen Sie bitte davon Gebrauch. Wir schließen gleich die Wahl.

Ich darf noch mal darauf hinweisen, dass wir die Abstimmung gleich schließen. Ich bitte jede und jeden, die oder der noch nicht wählen war, jetzt zur Abstimmung zu gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für etwa 20 Minuten. Der Wiederbeginn wird rechtzeitig mit dem Klingelsignal angekündigt.

(Unterbrechung von 16:50 bis 17:10 Uhr)

**Präsidentin Julia Klöckner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

- (B) Ich möchte das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der Wahl** bekannt geben – Mitgliederzahl dieses Hauses 630 –: Abgegebene Stimmen 603, ungültige Stimmzettel 1. Mit Ja haben gestimmt 184 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 403 Abgeordnete, Enthaltungen 15. Der Abgeordnete Gerold Otten hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Er ist damit nicht zum Stellvertreter der Präsidentin gewählt worden.<sup>1)</sup>

Gemäß § 2 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung findet kein weiterer Wahlgang mit einem im dritten Wahlgang erfolglosen Kandidaten statt, es sei denn, ein weiterer Wahlgang wird im Ältestenrat vereinbart. Wird hingegen eine neue Bewerberin oder ein neuer Bewerber vorgeschlagen, so ist in ein neues Wahlverfahren einzutreten. Es wäre also wieder ein erster Wahlgang mit dem ent-

- sprechenden Mehrheitserfordernis durchzuführen. In beiden Fällen wäre gegebenenfalls zu vereinbaren, an welchem Tag die Wahl durchgeführt werden soll. (C)

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben mir signalisiert, dass es kein Einvernehmen über die Durchführung weiterer Wahlgänge am heutigen Tag gibt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

(Stephan Brandner [AfD]: Das Kartell hat wieder gemauschelt!)

– Ich habe einen Zwischenruf gehört, das Kartell hätte hier gemauschelt. Ich möchte Sie gerne in Kenntnis setzen, dass das hier demokratische Vorgänge einer Mehrheit sind, und hier in diesem Bundestag mauschelt kein Kartell.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7:

**Nationalhymne**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich zur Nationalhymne zu erheben.

(Nationalhymne)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung des Deutschen Bundestages werde ich Sie rechtzeitig informieren. (D)

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich Sie ganz herzlich zu einem kleinen Empfang auf der Fraktionsebene einladen.

Ich bedanke mich für diesen Tag, für Ihre Geduld und freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD und der Linken)

Hiermit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 17:14 Uhr)

<sup>1)</sup> Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 5

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

<b>Abgeordnete(r)</b>		<b>Abgeordnete(r)</b>	
Baum, Dr. Christina	AfD	Schwartze, Stefan	SPD
Bollmann, Gereon	AfD	Stefinger, Dr. Wolfgang	CDU/CSU
Kemmer, Ronja	CDU/CSU	Trabert, Gerhard	Die Linke

**Anlage 2****Ergebnis und Namensverzeichnis**

**der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben**

**(Tagesordnungspunkt 3)**

**Ergebnis der Wahl der Präsidentin**  
**(Tagesordnungspunkt 3)**

Abgegebene Stimmzettel: 622

Für die Wahl sind mindestens 316 Jastimmen erforderlich.

<b>Abgeordnete</b>	<b>Jastimmen</b>	<b>Neinstimmen</b>	<b>Enthaltungen</b>	<b>Ungültige Stimmen</b>
Julia Klöckner	382	204	31	5

(B) (D)

**Namensverzeichnis**  
**(Tagesordnungspunkt 3)**

<b>CDU/CSU</b>	Frederik Bouffier	Thomas Erndl	Mark Helfrich
Knut Abraham	Michael Brand (Fulda)	Bastian Ernst	Marc Henrichmann
Anna Aeikens	Dr. Reinhard Brandl	Hermann Färber	Diana Herbstreuth
Stephan Albani	Silvia Breher	Uwe Feiler	Ansgar Heveling
Norbert Maria Altenkamp	Ralph Brinkhaus	Christoph Frauenpreiß	Susanne Hierl
Philipp Amthor	Lutz Brinkmann	Thorsten Frei	Dr. Matthias Hiller
Tijen Ataoğlu	Dr. Carsten Brodesser	Michael Frieser	Christian Hirte
Artur Auernhammer	Dr. Marlon Bröhr	Wilhelm Gebhard	Alexander Hoffmann
Peter Aumer	Benedikt Büdenbender	Dr. Thomas Gebhart	Philip M. A. Hoffmann
Dr. Cornell-Anette Babendererde	Dr. Yannick Bury	Dr. Jonas Geissler	Dr. Hendrik Hoppenstedt
Dorothee Bär	Sandra Carstensen	Dr. Fabian Gramling	Franziska Hoppermann
Thomas Bareiß	Gitta Connemann	Adrian Grasse	Michael Hose
Günter Baumgartner	Wolfgang Dahler	Dr. Inge Gräßle	Anne Janssen
Sascha van Beek	Ellen Demuth	David Gregosz	Thomas Jarzombek
Melanie Bernstein	Alexander Dobrindt	Serap Güler	Alexander Jordan
Peter Beyer	Michael Donth	Georg Günther	Andreas Jung
Marc Biadacz	Dr. Florian Dorn	Fritz Güntzler	Nicklas Kappe
Steffen Bilger	Dr. Hülya Düber	Olav Gutting	Anja Karliczek
Florian Bilic	Hansjörg Durz	Christian Haase	Roderich Kiesewetter
Leif Erik Bodin	Joachim Ebmeyer	Florian Hahn	Michael Kießling
Simone Borchartd	Ralph Edelhäußer	Heiko Hain	Dr. Georg Kippels
Caroline Bosbach	Lars Ehm	Jürgen Hardt	Dr. Ottilie Klein
	Alexander Engelhard	Matthias Hauer	Julia Klöckner
	Martina Englhardt-Kopf	Mechthild Heil	Axel Knoerig

(A)	Daniel Kölbl Johann Koller Anne König Markus Koob Dr. Stefan Korbach Carsten Körber Dr. Konrad Körner Gunther Krichbaum Lukas Albrecht Krieger Dr. Günter Krings Tilman Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Klaus Mack Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Christian Moser Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Dr. Stefan Nacke Wilfried Oellers Florian Oest Harald Orthey Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Dr. Thomas Pauls Dr. Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Jan-Wilhelm Pohlmann Oliver Pöpsel Dr. David Preisendanz Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Pascal Reddig Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Lars Rohwer Johannes Rothenberger Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Albert Rupprecht Catarina dos Santos-Wintz	Carl-Philipp Sassenrath Dr. Christiane Schenderlein Henri Schmidt Sebastian Schmidt Patrick Schnieder Felix Schreiner Marvin Schulz Detlef Seif Nora Seitz Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Katrin Staffler Albert Stegemann Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Stephan Stracke Dr. Katja Strauss-Köster Dr. Hendrik Streeck Christina Stumpp Vivian Tauschwitz Roland Theis Dr. Hans Theiss Alexander Throm Astrid Timmermann-Fechter Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Johannes Volkmann Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Siegfried Walch Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss Kai Whittaker Johannes Wiegelmann Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Johannes Winkel Elisabeth Winkelmeier-Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius Vanessa Zobel	Dr. Michael Bloss René Bochmann Peter Boehringer Peter Bohnhof Torben Braga Dirk Brandes Stephan Brandner Erhard Brucker Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Christian Douglas Christopher Drößler Tobias Ebenberger Dr. Michael Esendiller Micha Fehre Peter Felser Jan Feser Thomas Fetsch Hauke Finger Markus Frohnmaier Dr. Götz Frömming Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Nicole Hess Olaf Hilmer Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Robin Jünger Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever Kurt Kleinschmidt Maximilian Kneller Siegfried Knodel Heinrich Koch Jürgen Koegel Achim Köhler Enrico Komning Jörn König Thomas Korell	Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Dr. Maximilian Krah Manuel Krauthausen Thomas Ladzinski Pierre Lamely Sascha Lensing Rüdiger Lucassen Johann Martel Markus Matzerath Andreas Mayer Danny Meiners Knuth Meyer-Soltau Sergej Minich Reinhard Mixl Stefan Möller Matthias Moosdorf Edgar Naujok Iris Nieland Jan Ralf Nolte Gerold Otten Andreas Paul Denis Pauli Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Kerstin Przygodda Marcel Queckemeyer Dr. Anna Rathert Arne Raue Christian Reck Lukas Rehm Martin Reichardt Martin Erwin Renner Matthias Rentzsch Dr. Rainer Rothfuß Angela Rudzka Ruben Rupp Bernd Schattner Raimond Scheirich Volker Scheurell Ulrike Schielke-Ziesing Lars Schieske Carina Schießl Manfred Schiller Jan Wenzel Schmidt Julian Schmidt Dr. Paul Schmidt Stefan Schröder Georg Schroeter Bernd Schuhmann Uwe Schulz Dario Seifert Martin Sichert René Springer Thomas Stephan Beatrix von Storch Otto Strauß Tobias Teich Robert Teske Bastian Treuheit Martina Uhr Dr. Alice Weidel Mathias Weiser Claudia Weiss	(C)
(B)				(D)	
	<b>AfD</b> Alexander Arpaschi Carolin Bachmann Adam Balten Carsten Becker Marc Bernhard Birgit Bessin Dr. Christoph Birghan Andreas Bleck Joachim Bloch				

- (A) Sven Wendorf  
Wolfgang Wiehle  
Dr. Christian Wirth  
Dr. Alexander Wolf  
Christian Zaum  
Dr. Daniel Zerbin  
Kay-Uwe Ziegler  
Diana Zimmer  
Jörg Zirwes  
Ulrich von Zons
- SPD**
- Sanae Abdi  
Adis Ahmetovic  
Reem Alabali-Radovan  
Daniel Baldy  
Sören Bartol  
Bärbel Bas  
Jens Behrens  
Daniel Bettermann  
Jakob Blankenburg  
Hendrik Bollmann  
Isabel Cademartori  
Dr. Lars Castellucci  
Jürgen Coße  
Hakan Demir  
Jan Dieren  
Esther Dilcher  
Sabine Dittmar  
Felix Döring  
Falko Droßmann
- (B) Sonja Eichwede  
Dr. Wiebke Esdar  
Saskia Esken  
Nancy Faeser  
Dr. Johannes Fechner  
Sebastian Fiedler  
Martin Gerster  
Angelika Glöckner  
Kerstin Griese  
Bettina Hagedorn  
Metin Hakverdi  
Sebastian Hartmann  
Hubertus Heil (Peine)  
Frauke Heiligenstadt  
Gabriela Heinrich  
Nadine Heselhaus  
Heike Heubach  
Jasmina Hostert  
Verena Hubertz  
Frank Junge  
Oliver Kaczmarek  
Elisabeth Kaiser  
Macit Karaahmetoğlu  
Dr. Franziska Kersten  
Helmut Kleebank  
Lars Klingbeil  
Annika Klose  
Tim Klüssendorf  
Dr. Bärbel Kofler  
Anette Kramme  
Dunja Kreiser  
Martin Kröber
- Dr. Karl Lauterbach  
Esra Limbacher  
Helge Lindh  
Bettina Lugk  
Dr. Tanja Machalet  
Isabel Mackensen-Geis  
Holger Mann  
Parsa Marvi  
Katja Mast  
Kathrin Michel  
Dr. Matthias Miersch  
Matthias David Mieves  
Claudia Moll  
Siemtje Möller  
Dr. Rolf Mützenich  
Rasha Nasr  
Josephine Ortleb  
Mahmut Özdemir  
(Duisburg)  
Aydan Özoğuz  
Dr. Christos Pantazis  
Natalie Pawlik  
Jens Peick  
Boris Pistorius  
Sabine Poschmann  
Martin Rabanus  
Truels Reichardt  
Daniel Rinkert  
Dennis Rohde  
Sebastian Roloff  
Dr. Philipp Rottwilm  
Dr. Thorsten Rudolph  
Daniela Rump  
Bernd Rützel  
Johann Saathoff  
Johannes Schätzl  
Dr. Nina Scheer  
Christoph Schmid  
Dr. Nils Schmid  
Uwe Schmidt  
Dagmar Schmidt (Wetzlar)  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Olaf Scholz  
Johannes Schraps  
Michael Schrodi  
Svenja Schulze  
Frank Schwabe  
Andreas Schwarz  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
Dr. Lina Seitzl  
Svenja Stadler  
Dr. Ralf Stegner  
Ruppert Stüwe  
Michael Thews  
Markus Töns  
Carsten Träger  
Anja Troff-Schaffarzyk  
Derya Türk-Nachbaur  
Ingo Vogel  
Marja-Liisa Völlers  
Dirk Vöpel  
Dr. Carolin Wagner  
Maja Wallstein  
Daniel Walter
- Carmen Wegge  
Dirk Wiese  
Serdar Yüksel  
Stefan Zierke  
Armand Zorn
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**
- Dr. Alaa Alhamwi  
Tarek Al-Wazir  
Luise Amtsberg  
Ayse Asar  
Andreas Audretsch  
Lisa Badum  
Annalena Baerbock  
Felix Banaszak  
Karl Bär  
Katharina Beck  
Lukas Benner  
Dr. Franziska Brantner  
Victoria Broßart  
Agnieszka Brugger  
Dr. Janosch Dahmen  
Dr. Sandra Detzer  
Jeanne Dillschneider  
Katharina Dröge  
Deborah Düring  
Timon Dzienus  
Harald Ebner  
Leon Eckert  
Marcel Emmerich  
Simone Fischer  
Schahina Gambir  
Matthias Gastel  
Dr. Jan-Niclas Gesenhues  
Katrin Göring-Eckardt  
Dr. Armin Grau  
Dr. Lena Gumnior  
Dr. Robert Habeck  
Britta Haßelmann  
Linda Heitmann  
Dr. Moritz Heuberger  
Dr. Anton Hofreiter  
Julian Joswig  
Lamyia Kaddor  
Dr. Kirsten Kappert-  
Gonther  
Michael Kellner  
Misbah Khan  
Chantal Kopf  
Ricarda Lang  
Sven Lehmann  
Steffi Lemke  
Rebecca Lenhard  
Helge Limburg  
Denise Loop  
Max Lucks  
Dr. Anna Lührmann  
Dr. Zoe Mayer  
Swantje Henrike  
Michaelen  
Dr. Irene Mihalic  
Boris Mijatović
- Claudia Müller  
Sascha Müller  
Sara Nanni  
Dr. Ophelia Nick  
Dr. Konstantin von Notz  
Omid Nouripour  
Karoline Otte  
Lisa Paus  
Dr. Paula Piechotta  
Filiz Polat  
Dr. Anja Reinalter  
Sylvia Rietenberg  
Claudia Roth (Augsburg)  
Corinna Rüffer  
Jamila Schäfer  
Dr. Sebastian Schäfer  
Ulle Schauws  
Stefan Schmidt  
Julia Schneider  
Marlene Schönberger  
Nyke Slawik  
Dr. Till Steffen  
Sandra Stein  
Hanna Steinmüller  
Kassem Taher Saleh  
Awet Tesfaiesus  
Katrin Uhlig  
Dr. Julia Verlinden  
Niklas Wagener  
Robin Wagener  
Johannes Wagner  
Tina Winklmann
- Die Linke**
- Doris Achelwilm  
Jan van Aken  
Dr. Michael Arndt  
Dr. Dietmar Bartsch  
Marcel Bauer  
Desiree Becker  
Lorenz Gösta Beutin  
Violetta Bock  
Jorrit Bosch  
Janina Böttger  
Anne-Mieke Bremer  
Maik Brückner  
Clara Bünger  
Jörg Cezanne  
Agnes Conrad  
Mirze Edis  
Mandy Eißing  
Dr. Fabian Fahl  
Katrin Fey  
Uwe Foullong  
Kathrin Gebel  
Katalin Gennburg  
Vinzenc Glaser  
Nicole Gohlke  
Christian Görke  
Ates Gürpınar  
Dr. Gregor Gysi  
Mareike Hermeier  
Luke Hoß
- (C)
- (D)

(A)	Cem Ince Maren Kaminski Ferat Koçak Cansin Köktürk Jan Köstering Ina Latendorf Caren Lay Sonja Lemke Tamara Mazzi Pascal Meiser	Stella Merendino Sahra Mirow Charlotte Antonia Neuhäuser Cansu Özdemir Luigi Pantisano Sören Pellmann Bodo Ramelow Heidi Reichinnek Lea Reisner	Zada Salihovic David Schliesing Evelyn Schötz Ines Schwerdtner Julia-Christina Stange Ulrich Thoden Aaron Valent Isabelle Vandre Donata Vogtschmidt Sarah Vollath	Sascha Wagner Christin Willnat Janine Wissler Anne Zerr  <b>Fraktionslos</b> Stefan Seidler	(C)
-----	--	--	--	---	-----

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

### Anlage 3

#### Ergebnisse und Namensverzeichnis

**der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben  
(Tagesordnungspunkt 6)**

#### Ergebnisse der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin (1. Wahlgang) (Tagesordnungspunkt 6)

Abgegebene Stimmzettel: 613

Für die Wahl sind mindestens 316 Ja-Stimmen erforderlich.

Abgeordnete/r	Ja-Stimmen	Neinstimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Andrea Lindholz	425	132	53	3
Gerold Otten	185	411	10	7
Josephine Ortleb	434	145	31	3
Omid Nouripour	432	156	22	3
Bodo Ramelow	318	256	34	5

#### Namensverzeichnis (Tagesordnungspunkt 6)

##### CDU/CSU

Knut Abraham  
Anna Aeikens  
Stephan Albani  
Norbert Maria Altenkamp  
Tijen Ataoglu  
Artur Auernhammer  
Peter Aumer  
Dr. Cornell-Anette  
Babendererde  
Dorothee Bär  
Thomas Bareiß  
Günter Baumgartner  
Sascha van Beek  
Melanie Bernstein

Peter Beyer  
Marc Biadacz  
Steffen Bilger  
Florian Bilic  
Leif Erik Bodin  
Simone Borhardt  
Caroline Bosbach  
Frederik Bouffier  
Michael Brand (Fulda)  
Dr. Reinhard Brandl  
Silvia Breher  
Ralph Brinkhaus  
Lutz Brinkmann  
Dr. Carsten Brodesser  
Dr. Marlon Bröhr  
Benedikt Büdenbender

Dr. Yannick Bury  
Sandra Carstensen  
Gitta Connemann  
Wolfgang Dahler  
Ellen Demuth  
Alexander Dobrindt  
Michael Donth  
Dr. Florian Dorn  
Dr. Hülya Düber  
Hansjörg Durz  
Joachim Ebmeyer  
Ralph Edelhäußer  
Lars Ehm  
Alexander Engelhard  
Martina Enghardt-Kopf  
Thomas Erndl

Bastian Ernst  
Hermann Färber  
Uwe Feiler  
Christoph Frauenpreiß  
Thorsten Frei  
Michael Frieser  
Wilhelm Gebhard  
Dr. Thomas Gebhart  
Dr. Jonas Geissler  
Fabian Gramling  
Adrian Grasse  
Dr. Inge Gräßle  
David Gregosz  
Serap Güler  
Fritz Güntzler  
Olav Gutting



(A)	Christian Haase Florian Hahn Heiko Hain Jürgen Hardt Matthias Hauer Mechthild Heil Marc Henrichmann Diana Herbstreuth Ansgar Heveling Susanne Hierl Dr. Matthias Hiller Christian Hirte Alexander Hoffmann Philip M. A. Hoffmann Dr. Hendrik Hoppenstedt Franziska Hoppermann Michael Hose Anne Janssen Thomas Jarzombek Alexander Jordan Andreas Jung Nicklas Kappe Anja Karliczek Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Ottilie Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Daniel Kölbl Johann Koller Anne König	Carsten Müller (Braunschweig) Dr. Stefan Nacke Wilfried Oellers Florian Oest Harald Orthey Florian Obner Josef Oster Henning Otte Dr. Thomas Pauls Dr. Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Jan-Wilhelm Pohlmann Oliver Pöpsel Dr. David Preisendanz Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Pascal Reddig Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Lars Rohwer Johannes Rothenberger Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Albert Rupprecht Catarina dos Santos-Wintz Carl-Philipp Sassenrath Dr. Christiane Schenderlein Henri Schmidt Sebastian Schmidt Patrick Schnieder Felix Schreiner Marvin Schulz Detlef Seif Nora Seitz Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Katrin Staffler Albert Stegemann Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Stephan Stracke Dr. Katja Strauss-Köster Dr. Hendrik Streeck Christina Stumpp Vivian Tauschwitz Roland Theis Dr. Hans Theiss Alexander Throm Astrid Timmermann- Fechter Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Johannes Volkmann Christoph de Vries	Dr. Johann David Wadephul Siegfried Walch Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss Kai Whittaker Johannes Wiegelmann Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius Vanessa Zobel	Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilde Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever Kurt Kleinschmidt Maximilian Kneller Siegfried Knodel Heinrich Koch Jürgen Koegel Carsten Becker Achim Köhler Enrico Konning Jörn König Thomas Korell Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Dr. Maximilian Krah Manuel Krauthausen	(C)
(B)	Markus Koob Dr. Stefan Korbach Carsten Körber Dr. Konrad Körner Gunther Krichbaum Lukas Albrecht Krieger Dr. Günter Krings Tilman Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Klaus Mack Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Christian Moser Axel Müller Florian Müller Sepp Müller	Dr. Christoph Birghan Andreas Bleck Joachim Bloch Dr. Michael Bloss René Bochmann Peter Boehringer Peter Bohnhof Torben Braga Dirk Brandes Stephan Brandner Erhard Brucker Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Christian Douglas Christopher Drößler Tobias Ebenberger Dr. Michael Ependiller Micha Fehre Peter Felser Jan Feser Thomas Fetsch Hauke Finger Markus Frohnmaier Dr. Götz Frömming Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross	Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilde Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever Kurt Kleinschmidt Maximilian Kneller Siegfried Knodel Heinrich Koch Jürgen Koegel Carsten Becker Achim Köhler Enrico Konning Jörn König Thomas Korell Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Dr. Maximilian Krah Manuel Krauthausen Thomas Ladzinski Pierre Lamely Sascha Lensing Rüdiger Lucassen Sebastian Maack Johann Martel Markus Matzerath Andreas Mayer Danny Meiners Knuth Meyer-Soltau Sergej Minich Reinhard Mixl Stefan Möller Matthias Moosdorf Edgar Naujok Iris Nieland Gerold Otten Andreas Paul Denis Pauli Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Kerstin Przygodda Marcel Queckemeyer Dr. Anna Rathert Arne Raue Christian Reck Lukas Rehm Martin Reichardt Martin Erwin Renner Matthias Rentzsch Dr. Rainer Rothfuß	(D)	

- |     |  |   |   |  |     |
|-----|--|---|---|--|-----|
| (A) | <p>Angela Rudzka<br/>         Ruben Rupp<br/>         Bernd Schattner<br/>         Raimond Scheirich<br/>         Volker Scheurell<br/>         Ulrike Schielke-Ziesing<br/>         Lars Schieske<br/>         Carina Schießl<br/>         Manfred Schiller<br/>         Jan Wenzel Schmidt<br/>         Dr. Paul Schmidt<br/>         Stefan Schröder<br/>         Georg Schroeter<br/>         Bernd Schuhmann<br/>         Dario Seifert<br/>         Martin Sichert<br/>         Thomas Stephan<br/>         Beatrix von Storch<br/>         Otto Strauß<br/>         Tobias Teich<br/>         Robert Teske<br/>         Bastian Treuheit<br/>         Martina Uhr<br/>         Dr. Alice Weidel<br/>         Mathias Weiser<br/>         Claudia Weiss<br/>         Sven Wendorf<br/>         Wolfgang Wiehle<br/>         Dr. Christian Wirth<br/>         Dr. Alexander Wolf<br/>         Christian Zaum<br/>         Dr. Daniel Zerbin</p> | <p>Martin Gerster<br/>         Angelika Glöckner<br/>         Kerstin Griese<br/>         Bettina Hagedorn<br/>         Metin Hakverdi<br/>         Sebastian Hartmann<br/>         Hubertus Heil (Peine)<br/>         Frauke Heiligenstadt<br/>         Gabriela Heinrich<br/>         Nadine Heselhaus<br/>         Heike Heubach<br/>         Jasmina Hostert<br/>         Verena Hubertz<br/>         Frank Junge<br/>         Oliver Kaczmarek<br/>         Elisabeth Kaiser<br/>         Macit Karaahmetoğlu<br/>         Dr. Franziska Kersten<br/>         Helmut Kleebank<br/>         Lars Klingbeil<br/>         Annika Klose<br/>         Tim Klüssendorf<br/>         Dr. Bärbel Kofler<br/>         Anette Kramme<br/>         Dunja Kreiser<br/>         Martin Kröber<br/>         Dr. Karl Lauterbach<br/>         Esra Limbacher<br/>         Helge Lindh<br/>         Bettina Lugk<br/>         Dr. Tanja Machalet<br/>         Isabel Mackensen-Geis<br/>         Holger Mann<br/>         Parsa Marvi<br/>         Katja Mast<br/>         Kathrin Michel<br/>         Dr. Matthias Miersch<br/>         Matthias David Mieves<br/>         Claudia Moll<br/>         Siemtje Möller<br/>         Dr. Rolf Mützenich<br/>         Rasha Nasr<br/>         Josephine Ortleb<br/>         Mahmut Özdemir<br/>         (Duisburg)<br/>         Aydan Özoğuz<br/>         Dr. Christos Pantazis<br/>         Natalie Pawlik<br/>         Jens Peick<br/>         Boris Pistorius<br/>         Sabine Poschmann<br/>         Martin Rabanus<br/>         Truels Reichardt<br/>         Daniel Rinkert<br/>         Dennis Rohde<br/>         Sebastian Roloff<br/>         Dr. Philipp Rottwilm<br/>         Dr. Thorsten Rudolph<br/>         Daniela Rump<br/>         Bernd Rützel<br/>         Johann Saathoff<br/>         Johannes Schätzl<br/>         Dr. Nina Scheer<br/>         Christoph Schmid</p> | <p>Dr. Nils Schmid<br/>         Uwe Schmidt<br/>         Dagmar Schmidt (Wetzlar)<br/>         Carsten Schneider (Erfurt)<br/>         Olaf Scholz<br/>         Johannes Schrapf<br/>         Michael Schrodi<br/>         Svenja Schulze<br/>         Frank Schwabe<br/>         Andreas Schwarz<br/>         Rita Schwarzelühr-Sutter<br/>         Dr. Lina Seitzl<br/>         Svenja Stadler<br/>         Dr. Ralf Stegner<br/>         Ruppert Stüwe<br/>         Michael Thews<br/>         Markus Töns<br/>         Carsten Träger<br/>         Anja Troff-Schaffarzyk<br/>         Derya Türk-Nachbaur<br/>         Ingo Vogel<br/>         Marja-Liisa Völlers<br/>         Dirk Vöpel<br/>         Dr. Carolin Wagner<br/>         Maja Wallstein<br/>         Daniel Walter<br/>         Carmen Wegge<br/>         Dirk Wiese<br/>         Serdar Yüksel<br/>         Stefan Zierke<br/>         Armand Zorn</p> | <p>Dr. Lena Gumnior<br/>         Dr. Robert Habeck<br/>         Britta Haßelmann<br/>         Linda Heitmann<br/>         Dr. Moritz Heuberger<br/>         Dr. Anton Hofreiter<br/>         Julian Joswig<br/>         Lamya Kaddor<br/>         Dr. Kirsten Kappert-Gonther<br/>         Michael Kellner<br/>         Misbah Khan<br/>         Chantal Kopf<br/>         Ricarda Lang<br/>         Sven Lehmann<br/>         Steffi Lemke<br/>         Rebecca Lenhard<br/>         Helge Limburg<br/>         Denise Loop<br/>         Max Lucks<br/>         Dr. Anna Lührmann<br/>         Dr. Zoe Mayer<br/>         Swantje Henrike Michaelsen<br/>         Dr. Irene Mihalic<br/>         Boris Mijatović<br/>         Claudia Müller<br/>         Sascha Müller<br/>         Sara Nanni<br/>         Dr. Ophelia Nick<br/>         Dr. Konstantin von Notz<br/>         Omid Nouripour<br/>         Karoline Otte<br/>         Lisa Paus<br/>         Dr. Paula Piechotta<br/>         Filiz Polat<br/>         Dr. Anja Reinalter<br/>         Sylvia Rietenberg<br/>         Claudia Roth (Augsburg)<br/>         Corinna Rüffer<br/>         Jamila Schäfer<br/>         Dr. Sebastian Schäfer<br/>         Ulle Schauws<br/>         Stefan Schmidt<br/>         Julia Schneider<br/>         Marlene Schönberger<br/>         Nyke Slawik<br/>         Dr. Till Steffen<br/>         Sandra Stein<br/>         Hanna Steinmüller<br/>         Kassem Taher Saleh<br/>         Awet Tesfaiesus<br/>         Katrin Uhlig<br/>         Dr. Julia Verlinden<br/>         Niklas Wagener<br/>         Robin Wagener<br/>         Johannes Wagner<br/>         Tina Winklmann</p> | (C) |
| (B) | <p>Kay-Uwe Ziegler<br/>         Diana Zimmer<br/>         Jörg Zirwes<br/>         Ulrich von Zons</p>   |   | <p><b>BÜNDNIS 90/<br/>         DIE GRÜNEN</b></p> <p>Dr. Alaa Alhamwi<br/>         Tarek Al-Wazir<br/>         Luise Amtsberg<br/>         Ayse Asar<br/>         Andreas Audretsch<br/>         Lisa Badum<br/>         Annalena Baerbock<br/>         Felix Banaszak<br/>         Karl Bär<br/>         Katharina Beck<br/>         Lukas Benner<br/>         Dr. Franziska Brantner<br/>         Victoria Broßart<br/>         Agnieszka Brugger<br/>         Dr. Janosch Dahmen<br/>         Dr. Sandra Detzer<br/>         Jeanne Dillschneider<br/>         Katharina Dröge<br/>         Deborah Düring<br/>         Timon Dzienus<br/>         Harald Ebner<br/>         Leon Eckert<br/>         Marcel Emmerich<br/>         Simone Fischer<br/>         Shahina Gambir<br/>         Matthias Gastel<br/>         Dr. Jan-Niclas Gesenhues<br/>         Katrin Göring-Eckardt<br/>         Dr. Armin Grau</p>      | <p><b>Die Linke</b></p> <p>Doris Achelwilm<br/>         Jan van Aken<br/>         Dr. Michael Arndt<br/>         Dr. Dietmar Bartsch<br/>         Marcel Bauer</p>   | (D) |
|     | <p><b>SPD</b></p> <p>Sanae Abdi<br/>         Adis Ahmetovic<br/>         Reem Alabali-Radovan<br/>         Daniel Baldy<br/>         Sören Bartol<br/>         Bärbel Bas<br/>         Jens Behrens<br/>         Daniel Bettermann<br/>         Jakob Blankenburg<br/>         Hendrik Bollmann<br/>         Isabel Cademartori<br/>         Dr. Lars Castellucci<br/>         Jürgen Coße<br/>         Hakan Demir<br/>         Jan Dieren<br/>         Esther Dilcher<br/>         Sabine Dittmar<br/>         Felix Döring<br/>         Falko Droßmann<br/>         Sonja Eichwede<br/>         Dr. Wiebke Esdar<br/>         Saskia Esken<br/>         Nancy Faeser<br/>         Dr. Johannes Fechner<br/>         Sebastian Fiedler</p>   |   |   |  |     |

(A)	Desiree Becker Lorenz Gösta Beutin Violetta Bock Jorrit Bosch Janina Böttger Anne-Mieke Bremer Maik Brückner Clara Bünger Jörg Cezanne Agnes Conrad Mirze Edis Mandy Eißing Dr. Fabian Fahl Katrin Fey Uwe Foullong Kathrin Gebel	Katalin Gennburg Vinzenc Glaser Nicole Gohlke Christian Görke Ates Gürpınar Dr. Gregor Gysi Mareike Hermeier Luke Hoß Cem Ince Maren Kaminski Ferat Koçak Cansin Köktürk Jan Köstering Ina Latendorf Caren Lay Sonja Lemke	Tamara Mazzi Pascal Meiser Stella Merendino Sahra Mirow Charlotte Antonia Neuhäuser Cansu Özdemir Luigi Pantisano Sören Pellmann Bodo Ramelow Heidi Reichinnek Lea Reisner Zada Salihovic David Schliesing Evelyn Schötz Ines Schwerdtner	(C)	Julia-Christina Stange Ulrich Thoden Aaron Valent Isabelle Vandre Donata Vogtschmidt Sarah Vollath Sascha Wagner Christin Willnat Janine Wissler Anne Zerr  <b>Fraktionslos</b> Stefan Seidler
-----	--	---	--	-----	--

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

**Anlage 4**

**Ergebnis und Namensverzeichnis**

**der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (2. Wahlgang) der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben (Tagesordnungspunkt 6)**

**Ergebnis der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (2. Wahlgang) (Tagesordnungspunkt 6)**

(B) (D)  
 Abgegebene Stimmzettel: 605  
 Für die Wahl sind mindestens 316 Jastimmen erforderlich.

Abgeordneter	Jastimmen	Neinstimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Gerold Otten	190	401	13	1

**Namensverzeichnis (Tagesordnungspunkt 6)**

<b>CDU/CSU</b>	Marc Biadacz Steffen Bilger Florian Bilic Leif Erik Bodin Simone Borchardt Caroline Bosbach Frederik Bouffier Michael Brand (Fulda) Dr. Reinhard Brandl Silvia Breher Ralph Brinkhaus Lutz Brinkmann Dr. Carsten Brodesser Dr. Marlon Bröhr Benedikt Büdenbender Dr. Yannick Bury Sandra Carstensen	Gitta Connemann Wolfgang Dahler Ellen Demuth Alexander Dobrindt Michael Donth Dr. Florian Dorn Dr. Hülya Düber Hansjörg Durz Joachim Ebmeyer Ralph Edelhäuser Lars Ehm Alexander Engelhard Martina Englhardt-Kopf Thomas Erndl Bastian Ernst Hermann Färber Uwe Feiler	Christoph Frauenpreiß Thorsten Frei Michael Frieser Wilhelm Gebhard Dr. Thomas Gebhart Dr. Jonas Geissler Fabian Gramling Adrian Grasse Dr. Inge Gräßle David Gregosz Serap Güler Georg Günther Fritz Güntzler Olav Gutting Christian Haase Florian Hahn Heiko Hain
----------------	---	--	---

(A)	Jürgen Hardt Matthias Hauer Mechthild Heil Mark Helfrich Marc Henrichmann Diana Herbstreuth Ansgar Heveling Susanne Hierl Dr. Matthias Hiller Christian Hirte Alexander Hoffmann Philip M. A. Hoffmann Dr. Hendrik Hoppenstedt Franziska Hoppermann Michael Hose Anne Janssen Thomas Jarzombek Alexander Jordan Andreas Jung Nicklas Kappe Anja Karliczek Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Ottilie Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Daniel Kölbl Johann Koller Anne König Markus Koob Dr. Stefan Korbach	Wilfried Oellers Florian Oest Harald Orthey Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Dr. Thomas Pauls Dr. Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Jan-Wilhelm Pohlmann Oliver Pöpsel Dr. David Preisendanz Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Pascal Reddig Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Lars Rohwer Johannes Rothenberger Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Catarina dos Santos-Wintz Carl-Philipp Sassenrath Dr. Christiane Schenderlein Henri Schmidt Sebastian Schmidt Patrick Schnieder Felix Schreiner Marvin Schulz Detlef Seif Nora Seitz Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Albert Stegemann Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Stephan Stracke Dr. Katja Strauss-Köster Dr. Hendrik Streeck Christina Stumpp Vivian Tauschwitz Roland Theis Dr. Hans Theiss Alexander Throm Astrid Timmermann- Fechter Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Johannes Volkmann Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Siegfried Walch Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss	Kai Whittaker Johannes Wiegelmann Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willisch Johannes Winkel Elisabeth Winkelmeier- Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius Vanessa Zobel	Udo Theodor Hemmelgarn (C) Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilde Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Robin Jünger Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever Kurt Kleinschmidt Maximilian Kneller Siegfried Knodel Heinrich Koch Jürgen Koegel Achim Köhler Enrico Komning Jörn König Thomas Korell Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Manuel Krauthausen Thomas Ladzinski Pierre Lamely Sascha Lensing Rüdiger Lucassen Sebastian Maack (D) Johann Martel Markus Matzerath Andreas Mayer Danny Meiners Knuth Meyer-Soltau Sergej Minich Reinhard Mixl Stefan Möller Edgar Naujok Iris Nieland Jan Ralf Nolte Gerold Otten Andreas Paul Denis Pauli Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Kerstin Przygodda Marcel Queckemeyer Dr. Anna Rathert Arne Raue Christian Reck Lukas Rehm Martin Reichardt Matthias Rentzsch Dr. Rainer Rothfuß Angela Rudzka Ruben Rupp Bernd Schattner Raimond Scheirich Volker Scheurell Ulrike Schielke-Ziesing
(B)	Carsten Körber Dr. Konrad Körner Gunther Krichbaum Lukas Albrecht Krieger Dr. Günter Krings Tilman Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Klaus Mack Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Christian Moser Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Dr. Stefan Nacke		<b>AfD</b> Alexander Arpaschi Carolin Bachmann Adam Balten Dr. Bernd Baumann Carsten Becker Marc Bernhard Birgit Bessin Dr. Christoph Birghan Andreas Bleck Joachim Bloch Dr. Michael Bloss René Bochmann Peter Boehringer Peter Bohnhof Torben Braga Dirk Brandes Stephan Brandner Erhard Brucker Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Christian Douglas Christopher Drößler Tobias Ebenberger Dr. Michael Ependiller Micha Fehre Peter Felser Jan Feser Thomas Fetsch Hauke Finger Markus Frohnmaier Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich	

- (A) Lars Schieske  
Carina Schießl  
Manfred Schiller  
Jan Wenzel Schmidt  
Julian Schmidt  
Dr. Paul Schmidt  
Stefan Schröder  
Georg Schroeter  
Bernd Schuhmann  
Uwe Schulz  
Dario Seifert  
Martin Sichert  
René Springer  
Thomas Stephan  
Beatrix von Storch  
Otto Strauß  
Tobias Teich  
Robert Teske  
Bastian Treuheit  
Martina Uhr  
Dr. Alice Weidel  
Mathias Weiser  
Claudia Weiss  
Sven Wendorf  
Wolfgang Wiehle  
Dr. Christian Wirth  
Dr. Alexander Wulf  
Christian Zaum  
Dr. Daniel Zerbin  
Kay-Uwe Ziegler  
Diana Zimmer  
Jörg Zirwes
- (B) Ulrich von Zons
- SPD**  
Sanae Abdi  
Reem Alabali-Radovan  
Daniel Baldy  
Sören Bartol  
Bärbel Bas  
Jens Behrens  
Daniel Bettermann  
Jakob Blankenburg  
Hendrik Bollmann  
Isabel Cademartori  
Dr. Lars Castellucci  
Jürgen Coße  
Hakan Demir  
Jan Dieren  
Esther Dilcher  
Sabine Dittmar  
Felix Döring  
Falko Droßmann  
Sonja Eichwede  
Dr. Wiebke Esdar  
Saskia Esken  
Nancy Faeser  
Dr. Johannes Fechner  
Sebastian Fiedler  
Martin Gerster  
Angelika Glöckner  
Kerstin Griese  
Bettina Hagedorn
- Metin Hakverdi  
Sebastian Hartmann  
Hubertus Heil (Peine)  
Frauke Heiligenstadt  
Gabriela Heinrich  
Nadine Heselhaus  
Heike Heubach  
Jasmina Hostert  
Verena Hubertz  
Frank Junge  
Oliver Kaczmarek  
Macit Karaahmetoğlu  
Dr. Franziska Kersten  
Helmut Kleebank  
Lars Klingbeil  
Tim Klüssendorf  
Dr. Bärbel Kofler  
Dunja Kreiser  
Martin Kröber  
Dr. Karl Lauterbach  
Esra Limbacher  
Helge Lindh  
Bettina Lugk  
Dr. Tanja Machalet  
Isabel Mackensen-Geis  
Holger Mann  
Parsa Marvi  
Katja Mast  
Kathrin Michel  
Dr. Matthias Miersch  
Matthias David Mieves  
Claudia Moll  
Siemtje Möller  
Dr. Rolf Mützenich  
Mahmut Özdemir  
(Duisburg)  
Aydan Özoğuz  
Dr. Christos Pantazis  
Natalie Pawlik  
Jens Peick  
Boris Pistorius  
Sabine Poschmann  
Martin Rabanus  
Truels Reichardt  
Daniel Rinkert  
Dennis Rohde  
Sebastian Roloff  
Dr. Philipp Rottwilm  
Dr. Thorsten Rudolph  
Daniela Rump  
Bernd Rützel  
Johann Saathoff  
Johannes Schätzl  
Dr. Nina Scheer  
Christoph Schmid  
Dr. Nils Schmid  
Uwe Schmidt  
Dagmar Schmidt (Wetzlar)  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Olaf Scholz  
Johannes Schraps  
Svenja Schulze  
Frank Schwabe  
Andreas Schwarz
- Rita Schwarzelühr-Sutter  
Dr. Lina Seitzl  
Svenja Stadler  
Dr. Ralf Stegner  
Ruppert Stüwe  
Michael Thews  
Markus Töns  
Carsten Träger  
Anja Troff-Schaffarzyk  
Derya Türk-Nachbaur  
Ingo Vogel  
Marja-Liisa Völlers  
Dirk Vöpel  
Dr. Carolin Wagner  
Maja Wallstein  
Daniel Walter  
Carmen Wegge  
Dirk Wiese  
Serdar Yüksel  
Stefan Zierke  
Armand Zorn
- BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**  
Dr. Alaa Alhamwi  
Tarek Al-Wazir  
Luise Amtsberg  
Andreas Audretsch  
Lisa Badum  
Annalena Baerbock  
Felix Banaszak  
Karl Bär  
Katharina Beck  
Lukas Benner  
Dr. Franziska Brantner  
Victoria Broßart  
Agnieszka Brugger  
Dr. Janosch Dahmen  
Dr. Sandra Detzer  
Jeanne Dillschneider  
Katharina Dröge  
Deborah Düring  
Timon Dzienus  
Harald Ebner  
Leon Eckert  
Marcel Emmerich  
Simone Fischer  
Schahina Gambir  
Matthias Gastel  
Dr. Jan-Niclas Gesenhues  
Katrin Göring-Eckardt  
Dr. Armin Grau  
Dr. Lena Gumnior  
Dr. Robert Habeck  
Britta Haßelmann  
Linda Heitmann  
Dr. Moritz Heuberger  
Dr. Anton Hofreiter  
Julian Joswig  
Lamya Kaddor  
Dr. Kirsten Kappert-  
Gonthier  
Michael Kellner
- Misbah Khan  
Chantal Kopf  
Ricarda Lang  
Sven Lehmann  
Steffi Lemke  
Rebecca Lenhard  
Helge Limburg  
Denise Loop  
Max Lucks  
Dr. Anna Lührmann  
Dr. Zoe Mayer  
Swantje Henrike Michaelsen  
Dr. Irene Mihalic  
Boris Mijatović  
Claudia Müller  
Sascha Müller  
Sara Nanni  
Dr. Ophelia Nick  
Dr. Konstantin von Notz  
Omid Nouripour  
Karoline Otte  
Lisa Paus  
Dr. Paula Piechotta  
Filiz Polat  
Dr. Anja Reinalter  
Sylvia Rietenberg  
Claudia Roth (Augsburg)  
Corinna Rüffer  
Jamila Schäfer  
Dr. Sebastian Schäfer  
Ulle Schauws  
Stefan Schmidt  
Julia Schneider  
Marlene Schönberger  
Nyke Slawik  
Dr. Till Steffen  
Sandra Stein  
Hanna Steinmüller  
Kassem Taher Saleh  
Katrin Uhlig  
Dr. Julia Verlinden  
Niklas Wagener  
Robin Wagener  
Tina Winklmann
- Die Linke**  
Doris Achelwilm  
Gökay Akbulut  
Jan van Aken  
Dr. Michael Arndt  
Dr. Dietmar Bartsch  
Marcel Bauer  
Desiree Becker  
Lorenz Gösta Beutin  
Violetta Bock  
Jorrit Bosch  
Janina Böttger  
Anne-Mieke Bremer  
Maik Brückner  
Clara Bünger  
Jörg Cezanne  
Agnes Conrad  
Mirze Edis
- (C)
- (D)

(A)	Mandy Eißing Dr. Fabian Fahl Kathrin Fey Uwe Foullong Kathrin Gebel Katalin Gennburg Vinzencz Glaser Nicole Gohlke Christian Görke Ates Gürpınar Dr. Gregor Gysi Mareike Hermeier Cem Ince	Maren Kaminski Ferat Koçak Cansin Köktürk Jan Köstering Ina Latendorf Caren Lay Sonja Lemke Tamara Mazzi Pascal Meiser Stella Merendino Sahra Mirow Charlotte Antonia Neuhäuser	Cansu Özdemir Luigi Pantisano Sören Pellmann Heidi Reichinnek Lea Reisner Zada Salihovic David Schliesing Evelyn Schötz Ines Schwerdtner Julia-Christina Stange Ulrich Thoden Aaron Valent Isabelle Vandre	(C)	Donata Vogtschmidt Sarah Vollath Sascha Wagner Christin Willnat Janine Wissler Anne Zerr  <b>Fraktionslos</b>  Stefan Seidler
-----	--	---	--	-----	--

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

## Anlage 5

### Ergebnis und Namensverzeichnis

**der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (3. Wahlgang) der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben  
(Tagesordnungspunkt 6)**

### Ergebnis der Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin des Deutschen Bundestages (3. Wahlgang) (Tagesordnungspunkt 6)

Abgegebene Stimmzettel: 603

(B) Für die Wahl ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. (D)

Abgeordneter	Jastimmen	Neinstimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Gerold Otten	184	403	15	1

### Namensverzeichnis (Tagesordnungspunkt 6)

#### CDU/CSU

Knut Abraham	Leif Erik Bodin	Dr. Hülya Düber	David Gregosz
Anna Aeikens	Simone Borchardt	Hansjörg Durz	Serap Güler
Stephan Albani	Caroline Bosbach	Joachim Ebmeyer	Georg Günther
Norbert Maria Altenkamp	Frederik Bouffier	Ralph Edelhäuser	Fritz Güntzler
Philipp Amthor	Michael Brand (Fulda)	Lars Ehm	Olav Gutting
Tijen Ataoğlu	Dr. Reinhard Brandl	Alexander Engelhard	Christian Haase
Artur Auernhammer	Silvia Breher	Martina Enghardt-Kopf	Florian Hahn
Peter Aumer	Ralph Brinkhaus	Thomas Erndl	Heiko Hain
Dr. Cornell-Anette	Lutz Brinkmann	Bastian Ernst	Jürgen Hardt
Babendererde	Dr. Carsten Brodesser	Hermann Färber	Matthias Hauer
Dorothee Bär	Dr. Marlon Bröhr	Uwe Feiler	Mechthild Heil
Thomas Bareiß	Benedikt Büdenbender	Christoph Frauenpreiß	Mark Helfrich
Günter Baumgartner	Dr. Yannick Bury	Thorsten Frei	Marc Henrichmann
Sascha van Beek	Sandra Carstensen	Michael Frieser	Diana Herbstreuth
Melanie Bernstein	Gitta Connemann	Wilhelm Gebhard	Ansgar Heveling
Peter Beyer	Wolfgang Dahler	Dr. Thomas Gebhart	Susanne Hierl
Marc Biadacz	Ellen Demuth	Dr. Jonas Geissler	Dr. Matthias Hiller
Steffen Bilger	Alexander Dobrindt	Fabian Gramling	Christian Hirte
Florian Bilic	Michael Donth	Adrian Grasse	Alexander Hoffmann
	Dr. Florian Dorn	Dr. Inge Gräßle	Philip M. A. Hoffmann

(A)	Dr. Hendrik Hoppenstedt Franziska Hoppermann Michael Hose Anne Janssen Thomas Jarzombek Alexander Jordan Andreas Jung Nicklas Kappe Anja Karliczek Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Otilie Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Daniel Kölbl Johann Koller Anne König Markus Koob Dr. Stefan Korbach Carsten Körber Dr. Konrad Körner Gunther Krichbaum Lukas Albrecht Krieger Dr. Günter Krings Tilman Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz	Dr. David Preisendanz Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Pascal Reddig Dr. Markus Reichel Lars Rohwer Johannes Rothenberger Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Catarina dos Santos-Wintz Carl-Philipp Sassenrath Dr. Christiane Schenderlein Sebastian Schmidt Patrick Schnieder Felix Schreiner Marvin Schulz Detlef Seif Nora Seitz Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Albert Stegemann Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Stephan Stracke	<b>AfD</b>	Kurt Kleinschmidt Maximilian Kneller Sieghard Knodel Heinrich Koch Jürgen Koegel Achim Köhler Enrico Komning Jörn König Thomas Korell Dr. Rainer Kraft Dr. Maximilian Krahe Manuel Krauthausen Thomas Ladzinski Pierre Lamely Sascha Lensing Rüdiger Lucassen Sebastian Maack Johann Martel Markus Matzerath Andreas Mayer Danny Meiners Knuth Meyer-Soltau Sergej Minich Reinhard Mixl Stefan Möller Edgar Naujok Iris Nieland Jan Ralf Nolte Gerold Otten Andreas Paul Denis Pauli Tobias Matthias Peterka	(C)
(B)	Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Klaus Mack Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Christian Moser Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Dr. Stefan Nacke Wilfried Oellers Florian Oest Harald Orthey Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Dr. Thomas Pauls Dr. Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Jan-Wilhelm Pohlmann Oliver Pöpsel	Dr. Katja Strauss-Köster Dr. Hendrik Streeck Christina Stump Vivian Tauschwitz Roland Theis Dr. Hans Theiss Alexander Throm Astrid Timmermann-Fechter Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Johannes Volkmann Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Siegfried Walch Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss Kai Whittaker Johannes Wiegelmann Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Johannes Winkel Elisabeth Winkelmeier-Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Paul Ziemiak Nicolas Zippelius Vanessa Zobel	Alexander Arpaschi Carolin Bachmann Adam Balten Dr. Bernd Baumann Carsten Becker Marc Bernhard Birgit Bessin Dr. Christoph Birghan Andreas Bleck Joachim Bloch Dr. Michael Blos René Bochmann Peter Boehringer Peter Bohnhof Torben Braga Dirk Brandes Stephan Brandner Erhard Brucker Marcus Bühl Tino Chrupalla Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz Christian Douglas Christopher Drößler Tobias Ebenberger Dr. Michael Ependiller Micha Fehre Peter Felser Jan Feser Thomas Fetsch Hauke Finger Dr. Götz Frömming Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Robin Jünger Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever	Dr. Götz Frömming Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Robin Jünger Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever	(D)
			Dr. Michael Espendiller Micha Fehre Peter Felser Jan Feser Thomas Fetsch Hauke Finger Dr. Götz Frömming Rainer Galla Boris Gamanov Dr. Alexander Gauland Alexis Giersch Ronald Gläser Hannes Gnauck Hans-Jürgen Goßner Kay Gottschalk Christoph Grimm Rainer Gross Dr. Ingo Hahn Lars Haise Mirco Hanker Jochen Haug Matthias Helferich Udo Theodor Hemmelgarn Stefan Henze Martin Hess Olaf Hilmer Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Robin Jünger Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Martina Kempf Stefan Keuter Rocco Kever	Edgar Naujok Iris Nieland Jan Ralf Nolte Gerold Otten Andreas Paul Denis Pauli Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Kerstin Przygodda Marcel Queckemeyer Dr. Anna Rathert Arne Raue Christian Reck Lukas Rehm Martin Reichardt Matthias Rentzsch Dr. Rainer Rothfuß Angela Rudzka Ruben Rupp Bernd Schattner Raimond Scheirich Volker Scheurell Ulrike Schielke-Ziesing Lars Schieske Carina Schießl Manfred Schiller Jan Wenzel Schmidt Julian Schmidt Dr. Paul Schmidt Stefan Schröder Georg Schroeter Bernd Schuhmann Uwe Schulz Dario Seifert Martin Sichert René Springer Thomas Stephan Beatrix von Storch Otto Strauß	

- |     |  |   |   |   |     |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | <p>Tobias Teich<br/>Robert Teske<br/>Bastian Treuheit<br/>Martina Uhr<br/>Dr. Alice Weidel<br/>Mathias Weiser<br/>Claudia Weiss<br/>Sven Wendorf<br/>Wolfgang Wiehle<br/>Dr. Christian Wirth<br/>Dr. Alexander Wolf<br/>Christian Zaum<br/>Kay-Uwe Ziegler<br/>Jörg Zirwes<br/>Ulrich von Zons</p> <p><b>SPD</b></p> <p>Sanae Abdi<br/>Adis Ahmetovic<br/>Reem Alabali-Radovan<br/>Daniel Baldy<br/>Sören Bartol<br/>Bärbel Bas<br/>Jens Behrens<br/>Daniel Bettermann<br/>Jakob Blankenburg<br/>Hendrik Bollmann<br/>Isabel Cademartori<br/>Dr. Lars Castellucci<br/>Jürgen Coße<br/>Hakan Demir<br/>Jan Dieren<br/>Esther Dilcher<br/>Sabine Dittmar<br/>Felix Döring<br/>Falko Droßmann<br/>Sonja Eichwede<br/>Dr. Wiebke Esdar<br/>Nancy Faeser<br/>Dr. Johannes Fechner<br/>Sebastian Fiedler<br/>Martin Gerster<br/>Angelika Glöckner<br/>Kerstin Griese<br/>Bettina Hagedorn<br/>Metin Hakverdi<br/>Sebastian Hartmann<br/>Hubertus Heil (Peine)<br/>Frauke Heiligenstadt<br/>Gabriela Heinrich<br/>Nadine Heselhaus<br/>Heike Heubach<br/>Jasmina Hostert<br/>Verena Hubertz<br/>Frank Junge<br/>Oliver Kaczmarek<br/>Elisabeth Kaiser<br/>Macit Karaahmetoğlu<br/>Dr. Franziska Kersten<br/>Helmut Kleebank<br/>Lars Klingbeil<br/>Annika Klose<br/>Tim Klüssendorf</p> | <p>Dr. Bärbel Kofler<br/>Anette Kramme<br/>Dunja Kreiser<br/>Martin Kröber<br/>Dr. Karl Lauterbach<br/>Esra Limbacher<br/>Helge Lindh<br/>Bettina Lugk<br/>Dr. Tanja Machalet<br/>Isabel Mackensen-Geis<br/>Holger Mann<br/>Parsa Marvi<br/>Katja Mast<br/>Kathrin Michel<br/>Dr. Matthias Miersch<br/>Matthias David Mieves<br/>Claudia Moll<br/>Siemtje Möller<br/>Dr. Rolf Mützenich<br/>Rasha Nasr<br/>Josephine Ortleb<br/>Mahmut Özdemir<br/>(Duisburg)<br/>Aydan Özoğuz<br/>Dr. Christos Pantazis<br/>Natalie Pawlik<br/>Jens Peick<br/>Boris Pistorius<br/>Sabine Poschmann<br/>Martin Rabanus<br/>Truels Reichardt<br/>Daniel Rinkert<br/>Dennis Rohde<br/>Sebastian Roloff<br/>Dr. Philipp Rottwilm<br/>Dr. Thorsten Rudolph<br/>Daniela Rump<br/>Bernd Rützel<br/>Johann Saathoff<br/>Johannes Schätzl<br/>Dr. Nina Scheer<br/>Christoph Schmid<br/>Dr. Nils Schmid<br/>Uwe Schmidt<br/>Dagmar Schmidt (Wetzlar)<br/>Carsten Schneider (Erfurt)<br/>Olaf Scholz<br/>Johannes Schrapf<br/>Svenja Schulze<br/>Frank Schwabe<br/>Andreas Schwarz<br/>Rita Schwarzelühr-Sutter<br/>Dr. Lina Seitzl<br/>Svenja Stadler<br/>Dr. Ralf Stegner<br/>Ruppert Stüwe<br/>Michael Thews<br/>Markus Töns<br/>Carsten Träger<br/>Anja Troff-Schaffarzyk<br/>Derya Türk-Nachbaur<br/>Ingo Vogel<br/>Marja-Liisa Völlers<br/>Dirk Vöpel</p> | <p>Dr. Carolin Wagner<br/>Maja Wallstein<br/>Daniel Walter<br/>Carmen Wegge<br/>Dirk Wiese<br/>Serdar Yüksel<br/>Stefan Zierke<br/>Armand Zorn</p> <p><b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b></p> <p>Dr. Alaa Alhamwi<br/>Luise Amtsberg<br/>Ayse Asar<br/>Andreas Audretsch<br/>Lisa Badum<br/>Annalena Baerbock<br/>Felix Banaszak<br/>Karl Bär<br/>Katharina Beck<br/>Lukas Benner<br/>Victoria Broßart<br/>Agnieszka Brugger<br/>Dr. Janosch Dahmen<br/>Jeanne Dillschneider<br/>Katharina Dröge<br/>Deborah Düring<br/>Timon Dzienus<br/>Harald Ebner<br/>Leon Eckert<br/>Simone Fischer<br/>Schahina Gambir<br/>Matthias Gastel<br/>Dr. Jan-Niclas Gesenhues<br/>Katrin Göring-Eckardt<br/>Dr. Armin Grau<br/>Dr. Lena Gumnior<br/>Dr. Robert Habeck<br/>Britta Habelmann<br/>Linda Heitmann<br/>Dr. Moritz Heuberger<br/>Dr. Anton Hofreiter<br/>Julian Joswig<br/>Dr. Kirsten Kappert-<br/>Gonthier<br/>Michael Kellner<br/>Misbah Khan<br/>Chantal Kopf<br/>Ricarda Lang<br/>Sven Lehmann<br/>Steffi Lemke<br/>Rebecca Lenhard<br/>Helge Limburg<br/>Denise Loop<br/>Max Lucks<br/>Dr. Anna Lührmann<br/>Dr. Zoe Mayer<br/>Swantje Henrike<br/>Michaela<br/>Dr. Irene Mihalic<br/>Boris Mijatović<br/>Claudia Müller<br/>Sascha Müller</p> | <p>Sara Nanni<br/>Dr. Ophelia Nick<br/>Dr. Konstantin von Notz<br/>Omid Nouripour<br/>Karoline Otte<br/>Lisa Paus<br/>Dr. Paula Piechotta<br/>Filiz Polat<br/>Dr. Anja Reinalter<br/>Sylvia Rietenberg<br/>Claudia Roth (Augsburg)<br/>Corinna Rüffer<br/>Jamila Schäfer<br/>Dr. Sebastian Schäfer<br/>Ulle Schauws<br/>Stefan Schmidt<br/>Julia Schneider<br/>Marlene Schönberger<br/>Nyke Slawik<br/>Dr. Till Steffen<br/>Sandra Stein<br/>Hanna Steinmüller<br/>Kassem Taher Saleh<br/>Awet Tesfaiesus<br/>Katrin Uhlig<br/>Dr. Julia Verlinden<br/>Niklas Wagener<br/>Robin Wagener<br/>Johannes Wagner<br/>Tina Winklmann</p> <p><b>Die Linke</b></p> <p>Doris Achelwilm<br/>Gökay Akbulut<br/>Jan van Aken<br/>Dr. Michael Arndt<br/>Dr. Dietmar Bartsch<br/>Marcel Bauer<br/>Desiree Becker<br/>Lorenz Gösta Beutin<br/>Violetta Bock<br/>Jorrit Bosch<br/>Janina Böttger<br/>Anne-Mieke Bremer<br/>Maik Brückner<br/>Clara Bünger<br/>Jörg Cezanne<br/>Agnes Conrad<br/>Mirze Edis<br/>Mandy Eißing<br/>Dr. Fabian Fahl<br/>Katrin Fey<br/>Kathrin Gebel<br/>Katalin Gennburg<br/>Vinzencz Glaser<br/>Nicole Gohlke<br/>Christian Görke<br/>Ates Gürpınar<br/>Dr. Gregor Gysi<br/>Mareike Hermeier<br/>Luke Hoß<br/>Cem Ince<br/>Maren Kaminski</p> | (C) |
| (B) |  |   |   | (D)   |     |



(A)	Ferat Koçak Cansin Köktürk Jan Köstering Ina Latendorf Caren Lay Sonja Lemke Tamara Mazzi Pascal Meiser Stella Merendino Sahra Mirow	Charlotte Antonia Neuhäuser Cansu Özdemir Luigi Pantisano Sören Pellmann Bodo Ramelow Heidi Reichinnek Lea Reisner Zada Salihovic David Schliesing	Evelyn Schötz Ines Schwerdtner Julia-Christina Stange Ulrich Thoden Aaron Valent Isabelle Vandre Donata Vogtschmidt Sarah Vollath Sascha Wagner Christin Willnat	(C)	Janine Wissler  Anne Zerr  <b>Fraktionslos</b>  Stefan Seidler
-----	---	---	---	-----	--

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

## Anlage 6

### Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung

Der Bundesrat hat in seiner 1052. Sitzung am 21. März 2025 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen:

- **Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen**
- **Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (StiftPKG)**
- **Gesetz zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern sowie zur Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und des Justizkostenrechts (Kosten- und Betreuervergütungsrechtsänderungsgesetz 2025 – KostBRÄG 2025)**

(B)

Der Bundesrat hat ferner die folgende EntschlieÙung gefasst:

- a) Der Bundesrat begrüÙt grundsätzlich die mit dem Gesetz verbundenen Ziele.
- b) Der Bundesrat stellt jedoch fest, dass die Kosten- und Vergütungsrechtsänderungen erhebliche Mehrausgaben bei den Ländern verursachen und eine angemessene Kostenkompensation durch den Bund bislang nicht vorgesehen ist.
- c) Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, die für die Länder entstehenden Mehrausgaben durch eine Anpassung der jährlichen Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zu kompensieren.
- d) Der Bundesrat fordert ferner die Bundesregierung auf, zeitnah mit den Ländern über die Ausgestaltung der Kostenkompensation in einen Austausch zu treten.
- e) Er fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, bei der Evaluation des Vergütungssystems für Betreuende Potentiale zur Senkung des Erfüllungsaufwands aufzuzeigen. Darüber hinaus ist im Rahmen der Evaluation der Aufwand der Betreuenden auch durch unabhängige Erhebungen von Arbeitszeiten abzuschätzen. Im Rahmen der Evaluation

sollten Empfehlungen für eine effektive und effiziente rechtliche Betreuung erarbeitet werden, die sich sowohl an den Interessen der Betreuten als auch der öffentlichen Haushalte orientieren. Bei der Evaluation sollten Vertreter der Landesjustizverwaltungen mitwirken, damit Kostenaspekte ausreichend Berücksichtigung finden.

#### Begründung:

Grundsätzlich wird die Notwendigkeit der Erhöhung der Vergütungssätze unter anderem im Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, im Rechtsanwaltsvergütungsgesetz und im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz in Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten gesehen. Allerdings bedeuten die Anpassungen für die Länder – nicht nur im Justizressort, sondern auch bei den anderen Ressorts – erhebliche allgemeine, sachgebietsübergreifende Kostensteigerungen.

Angesichts dauerhaft wirkender Haushaltsverschlechterungen aufgrund bundespolitischer Entscheidungen und schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen bestehen in den Haushalten der Länder keine finanziellen Spielräume.

Daher fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, die entstehenden Mehrkosten, soweit diese nicht über die Erhöhung der Gerichtskosten ausgeglichen werden, durch eine Anpassung der jährlichen Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zu kompensieren. Die linearen Erhöhungen der Gerichtsgebühren kompensieren nur einen Teil der entstehenden Mehrkosten.

- **Gesetz zur Änderung des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes und der Handwerksordnung**
- **Gesetz zu der EntschlieÙung vom 23. Mai 2023 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds**
- **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h)**

(D)





